BERLIN
Donnerstag
27. November
1930

Der Abend

10 Pf.
Nr. 556
B 277
47. Jahrgang

Erscheint täglich außer Sonntags. Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts". Bezugspreis beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat. Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts"

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif. Postscheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Staatskommissare für Berlin

Einführung der Bürgersteuer und der Gemeindegetränkesteuer

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg-Berlin hat auf Grund des § 191, II, 6 des Allgemeinen Preußischen Landrechtes in Verbindung mit § 7 des Zuständigkeitsgesetzes und § 42 des Landesverwaltungsgesetzes den Oberregierungsrat Dr. von Stein als Staatskommissar für den Magistrat und den Oberregierungsrat Dr. Koppen als Staatskommissar für die Stadtverordnetenversammlung von Berlin mit dem Auftrag zur Besserung der Haushalts- und Kassenlage eingesetzt.

Der bindende Auftrag der beiden Staatskommissare geht dahin, für die voneinander nicht zu trennenden Haushaltsjahre 1930 und 1931 die Erhebung der Bürgersteuer nach der Reichsverordnung vom 26. Juli 1930 und der Gemeindegetränkesteuer nach der Musterordnung mit 10 Proz. ab 1. Dezember d. J. ein- und durchzuführen; ebenso die Erhöhung des Gemeindezuschlags zur Grundvermögensteuer auf 312,5 Proz.

Diese Erhöhung ist aber bereits in Durchführung begriffen, da die Festsetzung dieses Zuschlages auf 250 Proz. für 1930 erst im Juli erfolgt ist, aber für das ganze Jahr gilt, was eben eine Gesamterhöhung auf 312½ Proz. bedeutet. Eine Erhöhung der Mieten tritt durch die Erhöhung der Grundvermögensteuer nicht ein.

Weiter haben die Kommissare den Auftrag, die bereits in der Magistratsvorlage vorgesehenen Ausgabenminderungen von 14½ Millionen durchzuführen; weitere Ersparnisse für die Haushaltsjahre 1930 und 1931 durch Streichungen, Verringerung von Ausgaben für gewisse Einrichtungen usw. behält sich der Oberpräsident vor.

Selbstverständlich bleiben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung weiter bestehen, sie sind nur für die oben bezeichneten Steuern nicht mehr zur Beschlußfassung berechtigt, da diese auf die Staatskommissare übergegangen ist. Alle anderen Aufgaben der Selbstverwaltung sind auch weiter von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wahrzunehmen.

*

Die Ernennung der Staatskommissare ist schneller erfolgt, als man in der Oeffentlichkeit erwartet hat. Im Rathause war man noch heute vormittag der Meinung, daß die Berufung erst am morgigen Freitag erfolgen würde, um den Stadtverordneten heute noch einmal die Möglichkeit zu geben, von sich aus eine Entscheidung über die Steuervorlagen des Magistrats herbeizuführen. Andererseits war man sich allgemein darüber klar,

daß eine Steuermehrheit auch in der heutigen Sitzung in keinem Falle vorhanden gewesen wäre.

Die Besprechungen, die noch vor einigen Tagen der Bürgermeister Scholtz mit den Führern der Rathausfraktionen hatte, haben das eindeutig gezeigt. Ueberraschend ist, daß zwei Staatskommissare eingesetzt worden sind. Einem der Beauftragten fällt dabei die Aufgabe zu, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu ersetzen. Der zweite Beauftragte wird die Beschlüsse des Magistrats zu ersetzen haben.

Beide Beauftragte der Staatsregierung, die nunmehr die Aufgabe haben werden, den stark ins Wanken geratenen Haushalt Berlins in Ordnung zu bringen, sind seit langem im Oberpräsidium in führenden Stellungen tätig.

Liebermann wird entlassen.

Auch die Abgeordneten Witos und Putek.

Warschau, 27. November. (Ost-Expreß.)

Im Laufe des heutigen Tages sollen die Abgeordneten Witos, Liebermann und Putek, die kürzlich aus Brest-Litowsk nach Grojek übergeführt worden sind, gegen Kaution aus der Haft entlassen werden.

Der deutsche Schritt in Genf

Keine außerordentliche Ratstagung beantragt

Die Reichsregierung hat in ihrer gestrigen Spätabendsitzung den eingehenden Bericht des Generalkonsuls von Grünau-Kattowitz über die Gewaltakte und Wahlentrechtungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien entgegengenommen und, nach gründlicher Beratung darüber, die Erhebung der Beschwerde nach Artikel 72 des Genfer Abkommens an den Völkerbund beschlossen.

Die Note hat einen Umfang von etwa 30 Seiten. Sie wird im Laufe des heutigen Tages nach Genf abgesandt und ihr Inhalt wird gleichzeitig den Ratsmächten zur Kenntnis gebracht. Die Veröffentlichung der Note soll möglichst bald erfolgen.

*

Zum ersten Male geschieht es hier, daß die Reichsregierung sich schützend vor eine Minderheit stellt; bisher hat sie sich im Völkerbundsrat lediglich den Aktionen der Minderheiten angeschlossen.

Die Behandlung dieser Beschwerde wird Gelegenheit geben, das Minderheitenproblem überhaupt zu besprechen.

Die Beschwerde wird die ordentliche Januartagung des Völkerbundsrates beschäftigen. Gegen das Verlangen, eine außerordentliche Tagung einzuberufen, sprechen verschiedene Bedenken. Wahrscheinlich würden an einer derartigen Tagung nur die Berner Gesandten der Ratsmächte teilnehmen, die alles nur anhören, und um Instruktionen ihrer Regierungen bitten könnten.

Das Erscheinen der Außenminister und der Vertreter der großen Presse aller Länder wäre nicht zu erwarten.

Die außerordentliche Tagung würde aber, wenn die polnische Gegenäußerung noch nicht vorläge, sich zu deren Entgegenahme vertagen. Da die außerordentliche Sitzung frühestens am 10. Dezember zusammentreten könnte, würde man mit einer solchen Vertagung bereits nahe an die ordentliche Januartagung herankommen.

Da sich in Deutsch-Oberschlesien eine beträchtliche Erregung zeigt, ist heute mittag der Reichsinnenminister Dr. Wirth mit dem preußischen Staatssekretär Dr. Abegg nach Oppeln gereist, um mit den Vertretern aller Parteien die Situation zu besprechen und für die Vermeidung aller Zwischenfälle zu wirken.

Entgegen einer geradezu gewissenlosen Behauptung des Hugenbergschen „Deutschen Schnelldienstes" wird amtlich festgestellt, daß diesseits der deutschen Oberschlesiengrenze keinerlei Unruhen vorgekommen sind.

Deutsches Heim in Thorn überfallen.

Thorn, 27. November. (TU.)

Bereits vor acht Tagen waren einmal Polen im deutschen Klublokal erschienen und hatten eine Lampe zertrümmert. Sie hatten aber damals von weiteren Ausschreitungen abgesehen, da nur ein Deutscher anwesend war. Sie hatten gerufen: „Es lohnt uns nicht, wir kommen wieder, wenn mehr Deutsche hier sind." Am gestrigen Mittwoch gegen 5½ Uhr drangen zunächst drei Polen in das deutsche Heim ein und überfielen die anwesenden drei Deutschen mit Stühlen und Stöcken. Fünf noch hinzukommende Polen warfen dann Bierflaschen auf die Deutschen und demolierten die gesamte Einrichtung. Ein älterer Deutscher wurde schwer verletzt, zwei andere leichter. Die Polizei erschien erst nach längerer Zeit und nahm schließlich eine Verhaftung vor. Dem deutschen Konsul in Thorn wurde sofort Mitteilung gemacht, er erschien auch am Tatort und stellte Ermittlungen an.

Litwinow speist bei Mussolini

Guten Appetit, wohl bekomm's!

Die Schande des Stahlhelms.

Die Folgen des Abrückens des Reichspräsidenten.

Der „Tag" wittert hinter dem Abrücken des Reichspräsidenten von der Stahlhelmhuldigung für Mussolini eine groß angelegte politische Intrigue. Er weist mit dem Finger auf das Auswärtige Amt und stellt die Frage: was geht hier vor?

Ja, was geht hier vor, daß der „Tag" stillschweigend unterstellt, der Reichspräsident sei nur Werkzeug, ohne eigenes Urteil und ohne eigenen Willen?

Man will verbergen, daß der Reichspräsident aus sehr guten Gründen ein Gegner des Sichheranwerfens an Mussolini ist, daß er ein gesünderes und nationaleres Urteil über ihn hat als die Stahlhelmführer. Kurzum, man will die eigene Schande verbergen, und deshalb erfindet man einen Räuberroman.

Ist es denn gar so außergewöhnlich, daß der Reichspräsident von einer Kundgebung der Würdelosigkeit abrückt?

Der „Tag" nennt das Abrücken des Reichspräsidenten „eine außenpolitische Aktion". Daraus ergibt sich, daß der Stahlhelmkotau vor Mussolini als außenpolitische Aktion gedacht war, und daß sich gewisse Leute einbilden, die deutsche Außenpolitik werde nicht mehr vom Außenminister, sondern von den Herren Seldte und Hitler betrieben — und nun beklagen sie sich, daß das Auswärtige Amt auch noch da ist, und außerdem sogar noch ein Reichspräsident.

Die Herrschaften scheinen ihre Wunschträume schon für die Realitäten des Tages zu halten!

Mörder Ostsee.

Dreimastschoner mit acht Personen verschollen.

Stettin, 27. November.

Der Dreimastschoner „Lütt" hatte mit einer Ladung Holz am 15. Oktober den Hafen von Krausgrund in Finnland mit der Bestimmung Stettin verlassen. Das Schiff ist aber hier noch nicht eingetroffen. Man hatte bisher geglaubt, daß der Schoner auf Bornholm oder in einem anderen Hafen Schutz gesucht hat. Alle Nachforschungen blieben jedoch ergebnislos, so daß der Schoner als verloren gelten muß. Die Besatzung besteht aus acht Personen, darunter die Frau des Kapitäns und der Schiffseigner Neuschütz aus Berlin im Kreise Ueckermünde.

Abrechnung!

Das Hakenkreuz wird an den Pranger gestellt.

Köln, 27. November. (Eigenbericht.)

Eine Riesenversammlung in der großen Messehalle in Köln, die von weit über 6000 Menschen besucht war, hielt am Mittwochabend die erste große Abrechnung mit den nationalsozialistischen Verderbern Deutschlands. Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeiter-Sportkartell und Arbeiter-Kulturkartell hatten die Bevölkerung Kölns aufgerufen. Tagelang vor der Versammlung waren die Eintrittskarten ausverkauft.

Als Redner waren die Reichstagsabgeordneten Dr. Hoegner-München und Sollmann erschienen. Wie sausten die Anklagen der beiden Redner über den Nationalsozialismus und seinen Führer, den politischen Hochstapler Hitler! Eine Welle der Empörung wogte empor, als Hoegner die Taten der Fememörder schilderte. Laute Pfuirufe durchdröhnten den Saal, als der Redner die Schande der Nationalsozialisten aus den Münchener Novembertagen des Jahres 1923 wiedergab. Genug der Blutpolitik, schöpferischer Aufbau durch mühselige Arbeit, das sei Aufgabe der Sozialdemokratie im Dienste des deutschen Volkes.

Oft wurden die Redner von Beifallskundgebungen unterbrochen, und stärkster Beifall erbrauste, als Sollmann erklärte: „Wenn die Nationalsozialisten nicht aufhören, an die physische Kraft zu appellieren, werden wir unsere Jugend, unsere Gewerkschaftler und unsere Sportler aufbieten, dann werden die Arbeiter mit ihren Fäusten die Feinde des Volkes niederzuschlagen verstehen."

Die Versammlung endete mit brausenden Hochrufen auf die freie Arbeiterbewegung ohne jeden Zwischenfall.

Unabhängige Demokraten.

Partei oder Vereinigung.

Am Sonnabend und Sonntag findet in Kassel die Gründungstagung der Vereinigung Unabhängiger Demokraten statt. Im Mittelpunkt der Tagung wird die Erörterung der Frage stehen, ob sich die Vereinigung zur Partei umbilden soll oder ob sie weiter Vereinigung bleiben wird. Ein Antrag aus Schleswig-Holstein verlangt die Umbildung zur Radikal-Demokratischen Partei. Hiergegen vertritt die Berliner Ortsgruppe den Standpunkt, daß man zunächst Vereinigung bleiben solle und die Namen Radikal-Demokratische Reichsvereinigung annehme. Außerdem liegen eine Reihe von Anträgen vor, die auf eine starke Mitarbeit der radikalen Demokraten im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold drängen.

Tegeler Räuber verhaftet.

Die Ueberfälle auf alleingehende Frauen aufgeklärt.

In den letzten Tagen wurden in der Tegeler Gegend mehrfach Ueberfälle auf allein gehende Frauen und Mädchen verübt. Am vergangenen Sonnabend wurde eine Frau bei Neu-Heiligensee angefallen, mit einem Stock niedergeschlagen und beraubt. Zwei ganz ähnliche Untaten wurden am Montag innerhalb weniger Stunden in fast der gleichen Gegend ausgeführt. Jedesmal war es dem Wegelagerer gelungen, zu entkommen.

Zwei Schutzpolizeibeamte beobachteten gestern vor dem Schloßrestaurant in Tegel einen Mann, auf den die Beschreibungen der überfallenen Frauen zutrafen. Er nannte sich Robert Schubert und bestritt die Ueberfälle entschieden. Bei der Durchsuchung seiner Sachen fand man aber einige Photos, die ihm nicht gehören konnten. Die Ueberfallenen wurden ihm nacheinander gegenübergestellt und sie erkannten den Räuber einwandfrei wieder. Jetzt gab der Verhaftete sein Leugnen auf und legte ein Geständnis ab. Bis zum 17. November hatte er bei einem Landwirt in Sonnenberg bei Neu-Ruppin gearbeitet. Er bekam Streit mit seinem Arbeitgeber, packte seine Sachen und fuhr nach Berlin. Er nächtigte in Herbergen, stellte seinen Koffer in der „Schrippenkirche" unter und als sein Geld zu Ende gegangen war, machte er sich auf die Suche nach Arbeit. Er wanderte nach Bötzow und Hennigsdorf, fand aber nirgends Beschäftigung und kam schließlich in die Tegeler Gegend, wo er die Ueberfälle auf alleingehende Mädchen und Frauen ausführte.

Wien und Oesterreich.

Die amtliche Auskunftsstelle der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich in Berlin, Friedrichstraße Ecke Französische Straße, wird heute offiziell eröffnet werden. Diese Stelle wird nicht nur im Interesse des Fremdenverkehrs von Wien und Niederösterreich tätig sein, sondern auch für die gleichen Interessen aller übrigen österreichischen Bundesländer, sowie aller österreichischer Verkehrsanstalten, also für die Bundesbahnen, die Dampfschiffahrtsunternehmungen und den Luftverkehr. Zum Leiter der Stelle wurde Dr. Stephan Küttner berufen. Der Aufgabenkreis der Auskunftsstelle wird umfassen: den Auskunftsdienst am Publikum, die Propaganda durch kostenlose Verteilung von Werbematerial an private Interessenten sowie an die Reisebüros in Berlin und Nord- und Mitteldeutschland, den Werbedienst im Wege der deutschen Tages- und Fachpresse, die Intensivierung der Werbung durch Inanspruchnahme des Rundfunks und Films, die Anregung und tatkräftige Förderung von Gesellschaftsreisen nach Oesterreich, endlich die Fühlungnahme mit den großen deutschen wissenschaftlichen, künstlerischen und gewerblichen Fachverbänden, um die Abhaltung ihrer Kongresse und Tagungen in Wien oder einem anderen interessanten Ort des österreichischen Alpenlandes zu erreichen und deren Durchführung zu erleichtern. Ferner wird während der Wintersportsaison versuchsweise ein täglicher Schneebericht aus Oesterreich und später ein fachmännischer Beratungsdienst für Automobiltouristen eingerichtet werden.

Ein Fuchs in der Polizeiunterkunft.

Heute mittag mußten die Polizeibeamten der Polizeiunterkunft Treptow in der Boucheestraße auf einen seltsamen Eindringling Jagd machen. Ein Posten sah im herbstlichen Laub des Gartens ein braunes „Etwas" herumspringen, das sich als ein richtiger Fuchs entpuppte. Auf Meister Reinecke wurde eine richtige Treibjagd veranstaltet und es gelang, den Räuber unversehrt einzufangen. Vermutlich handelt es sich um ein Tier, das aus den nahegelegenen Baumschulen hinübergewechselt ist und sich dabei verirrt hat. Vorerst befindet sich Reinecke unter der Obhut der Polizeiwache, wo er vielleicht eine Unterkunft für Lebenszeit gefunden haben dürfte.

Fleischpreise sollen wieder steigen

Der Fleischerobermeister droht mit Abbau der „Preissenkungen"

Am Mittwochabend sprach der Vorsitzende des Bezirks Berlin im Deutschen Fleischerverband Obermeister Krayer vor einem Teil der Borsig-Arbeiter und deren Frauen über die Preisgestaltung im Berliner Ladenschlächtergewerbe. Herr Krayer machte dabei Ausführungen, die die gesamte Verbraucherschaft interessieren.

Es handelte sich um die erste sogenannte Werkveranstaltung dieses Winters, die für die Belegschaft des bekannten Großmetallbetriebs der A. Borsig GmbH. in Berlin-Tegel durchgeführt werden. Das Thema dieser Veranstaltung, die im großen Kasinosaal des Tegeler Werks stattfand, hieß: Hausfrauen und Fleischversorgung. Obermeister Krayer schilderte den Weg eines 220 Pfund schweren Schweins von Ostpreußen bis zum Fleischerladen in Berlin. Der Bauer erhält pro Pfund einen Preis von 50 bis 52 Pf. Unter Zugrundelegung der üblichen Sammeltransporte (70 Schweine in einem Etagen-Viehwagen der Reichsbahn) verursacht der Weg nach Berlin pro Schwein 23,50 M. Unkosten. Schwerer wiege jedoch der 10prozentige Gewichtsverlust des Schweins während der Fahrt, so daß der Preis für ein Pfund Schwein auf dem Berliner Viehmarkt 64 Pf. betragen müsse. Rechnet man weiter 20 Proz. Schlachtverlust und 16 Proz. Unkosten für Beschau-, Wiege- und Standgeldgebühr, wozu noch die Kühlhausmiete kommt, dann könne der Engrosschlächter dem Ladenschlächter das Pfund Schweinefleisch nicht unter 80 bis 85 Pf. abgeben. Obermeister Krayer ging dann auf die Preisspanne zwischen dem Großhandels- und dem Kleinhandelspreis ein und suchte an Vergleichen mit dem Schweinebauchpreis nachzuweisen, daß die Verdienstspanne des Ladenfleischers geringer sei, als in der Vorkriegszeit. Das ist an sich schon nur die halbe Wahrheit, ganz abgesehen davon, daß ja ein Schwein nicht nur aus Bauchfleisch besteht. Obermeister Krayer kam dann auf die Preissenkungsverhandlungen mit der Reichsregierung zu sprechen und erklärte gegen den Ernährungsminister gewandt: **„Für jeden Pfennig, den die Landwirtschaft für das von ihr gelieferte Fleisch mehr erhalten soll, werden wir gezwungen sein, den Verbrauchern 1½ Pf. mehr abzunehmen."** Darauf folgte eine Erklärung an die Adresse der Berliner Stadtverwaltung, deren großzügige Einrichtungen auch Obermeister Krayer anerkennen mußte: „Bei uns ist der Preisabbau durchgeführt.

Wenn jedoch die Stadt Berlin oder der Oberpräsident neue Steuern einführen sollten, dann sind wir gezwungen, unseren Preisabbaubeschluß wieder zurückzunehmen!"

Damit war das Stichwort gegeben, der restliche Teil des Referats verlor sich in wüster Agitation. Die Konsumschlächtereien wären zu teuer, die Warenhäuser lieferten oftmals Schundware, die Presse wäre von den Großinserenten gekauft und wage nicht die Wahrheit zu schreiben, die Margarinefabriken verarbeiteten gehärteten Walfischtran und zum Schluß entlud sich der Zorn des Herrn Obermeisters über die Produkte der Braunkohlensyndikate. Bezeichnend war noch ein Ausspruch des Herrn Krayer: „Unser bester Kunde ist die Berliner Arbeiterschaft, sie hat für uns das größte Verständnis!"

Beschämend war das am Mittwochabend in Tegel. Die armen Frauen der Borsig-Arbeiter saßen bestürzt da und mußte zu dem Schaden des 8prozentigen Schiedsspruchs auch noch den Spott eines stockreaktionären Berliner Fleischermeisters über sich ergehen lassen.

Anschlag auf D-Zug

Gefährdung des Berlin—Stockholmer D-Zuges durch Verbrecher

Auf den D-Zug 17, Berlin—Stockholm, der Berlin gegen 21 Uhr verläßt, ist in den gestrigen späten Abendstunden durch Hindernisse auf den Schienen ein verbrecherischer Anschlag versucht worden.

Dicht bei der Ortschaft Seehausen, zwischen den Stationen Angermünde und Pasewalk, wo der D-Zug mit einer Geschwindigkeit von etwa 80 Kilometer dahinbrauste, bemerkte der Zugführer plötzlich ein heftiges Rucken im Vorderteil der Lokomotive, dem trotz des starken Maschinengeräusches ein laut vernehmbares Krachen und Splittern folgte. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Dabei wurde von den Beamten festgestellt, daß neben den Gleisen ein 1½ Meter großer zertrümmerter Granitstein, wie er als Markierungsstein auf Chausseen Verwendung findet, lag. Der Stein war von dem Schienenräumer der Lokomotive erfaßt und zum Teil zertrümmert worden. Außerdem lagen über 10 Meter verstreut schwere eiserne Brückenteile, die gleichfalls von dem Schienenräumer zur Seite geschleudert worden waren. Der Schienenräumer selbst wies schwere Beschädigungen auf. Schon vom Zugpersonal wurde auf Grund dieses ersten Befundes erkannt, daß der Zug zum Entgleisen gebracht werden sollte. Durch Zugtelegraphie wurde die Bahn- und Kriminalpolizei von dem Vorfall sofort in Kenntnis gesetzt. Schon kurze Zeit darauf erschienen zahlreiche Beamte mit Suchhunden an dem Ort des Attentats. Die Stelle wurde durch Scheinwerfer taghell erleuchtet und eine eingehende Untersuchung vorgenommen. Dabei stellte sich dann heraus, daß der Granitstein von der nahegelegenen Chaussee herangeschafft worden war. Woher die abgerissenen eisernen Brückengeländerteile herrühren, muß erst noch festgestellt werden.

Die Suche mit den Spürhunden hat, wie die Reichsbahndirektion Stettin mitteilt, bereits zu einem Erfolg geführt. Eines der Tiere nahm Witterung und führte seinen Begleiter in eine Ortschaft unweit der Unfallstelle. Dort ist eine Verhaftung erfolgt. Man nimmt jedoch an, daß an dem Attentat mehrere Personen beteiligt waren. Die polizeilichen Nachforschungen werden energisch fortgeführt.

Ein Hakenkreuzler wird examiniert

und fällt im Haushaltsausschuß glänzend durch

Der Ausschuß für den Reichshaushalt führte in seiner Donnerstagsitzung die Beratung über den Abschnitt betreffend die Osthilfe fort. Abg. Dr. Hilferding (Soz.) wies darauf hin, daß man bei Beurteilung der Osthilfe nicht nur diejenigen Mittel berücksichtigen dürfe, welche dafür im Etat stehen, sondern, daß nicht vergessen werden dürfe, daß auch wichtigste Maßnahmen der Zollpolitik zum Schutz der Landwirtschaft getroffen seien und daß hierbei sehr große Summen in Frage kommen. Dieser Schutz der Landwirtschaft wirke sich natürlich auch im Rahmen der Osthilfe aus. Den geäußerten Wünschen, daß an die Osthilfe auch das ostpreußische Gewerbe einbezogen werden müsse, schließe er sich an. Es sei nicht zu verkennen, daß durch die Not der Zeit gerade auch das ostpreußische Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen werde.

Bei der Begründung eines Antrages der Nationalsozialisten, nach dem zur Sicherung der Betriebsführung die Reichsregierung Beträge bis zu 200 Millionen Mark zinslos bereitstellen solle, vertrat der nationalsozialistische Redner Dr. Albrecht die These, daß eine Besteuerung der Spekulationsgewinne die Mittel heranschaffen würde. In diesem Zusammenhang behandelte er auch den Young-Plan, der wegen des Fehlens der Goldklausel ungünstiger sei als der frühere Dawes-Plan.

Der nächste Redner war Dr. Cremer (D. Vp.), der in schärfster Weise den dargelegten Theorien und Behauptungen entgegentrat. Er wies nach, daß man nur durch die von den Nationalsozialisten verspottete und bekämpfte Erfüllungspolitik vom Friedensvertrag über das Londoner Ultimatum zum Dawes-Plan und zum Young-Plan gekommen sei, der auch gegenüber dem Dawes-Plan eine Erleichterung bedeute.

Auf erregte Zwischenrufe der Nationalsozialisten verlangte er eine Beantwortung der Frage, ob die Nationalsozialisten 1918 den Waffenstillstand und Friedensvertrag unterzeichnet hätten, wenn sie damals an maßgebender Stelle gewesen wären oder was sie sonst getan haben würden.

Die letzte Schuld an den traurigen Verhältnissen, unter denen wir leben, und aus denen die Nationalsozialisten ihre parteipolitischen Geschäfte bestreiten, sei der verlorene Krieg. Dieser Krieg habe mit einer derartigen Katastrophe geendet, daß die Oberste Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff von der Reichsregierung den Abschluß des Waffenstillstandsvertrages binnen 24 Stunden kategorisch verlangt haben. Was hätte Herr Dr. Feder gemacht, wenn dieses Verlangen an ihn gestellt worden wäre.

Im Young-Plan seien Revisionsmöglichkeiten vorhanden, und es gäbe keinen Menschen in Deutschland, der nicht wisse und verlange, daß von diesen Revisionsmöglichkeiten im Interesse Deutschlands Gebrauch gemacht werden müsse. Die kurze Praxis der Nationalsozialisten im parlamentarischen Leben habe ja schon genügt, sie von manchen ihrer Volksversammlungsforderungen abzubringen. Von der Zerreißung des Young-Planes sei keine Rede mehr, man verlange eine Revision, und wenn der nationalsozialistische Redner behauptet habe, der Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September habe solche Revisionsmöglichkeiten erschlossen,

so sei das Gegenteil von dem richtig. Die Nationalsozialisten streben jetzt einer Diktatur nach, sie werden damit ebenso scheitern, wie sie 1920 und 1923 gescheitert sind.

Die Antwort des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Albrecht war schwach. Seine Partei hätte wohl einen Waffenstillstand, aber nicht den Waffenstillstand, wohl einen Frieden, aber nicht den Frieden unterzeichnet. Wie sie zu einem anderen Waffenstillstand oder einem anderen Frieden hätten kommen wollen, darüber schwieg er sich aus.

Gefährliche Gäste.

Raubüberfall auf Lokalinhaber. — Täter verhaftet.

In der Nähe des Bahnhofes Steglitz liegt das kleine Hotel „Steglitzer Hof", zu dem im Erdgeschoß auch mehrere Schank- und Gasträume gehören.

Gegen 1 Uhr betraten zwei Männer den Schankraum, setzten sich an einen Tisch und bestellten etwas zu trinken und Zigaretten. Nach und nach entfernten sich die anderen Gäste und als es 3 Uhr wurde, waren nur noch diese beiden Fremden im Raum. Scaslinski kassierte bei ihnen und sie bezahlten auch ihre Zeche, die etwa 2 M. ausmachte. Plötzlich zog einer der Leute einen Revolver, richtete ihn auf den Wirt und rief: „Nun aber Ruhe! Geld her!" Der Hausdiener, der in der Zwischenzeit die im Hintergrund des Raumes stehenden Tische abgedeckt hatte, sah die Bedrängnis seines Arbeitgebers und zögerte nicht, ihm zu Hilfe zu kommen. Er sprang dem Revolverträger von hinten auf den Rücken und brachte ihn zu Fall. Während beide sich am Boden wälzten, gab der Räuber mehrere Schüsse auf Scaslinski ab, von denen der eine ihn schwer am Knie traf. Es gelang dem Hausdiener nur, die Hand mit der Waffe von seinem Kopf und Gesicht fernzuhalten. Der Komplice des Räubers, der den Kampf verfolgt hatte und einsehen mochte, daß man nicht zum Ziele kommen würde, benutzte einen unbewachten Augenblick, um durch einen Nebenausgang zu entschlüpfen. Eine Schutzpolizeistreife hörte im Lokal die Schüsse fallen, befreite den schwer bedrängten Hausdiener und nahm den Räuber fest. Auf der Wache wurde er als ein 28 Jahre alter Hotelangestellter Willy Meier festgestellt, der aus Stuttgart stammt. Er wohnt in der Hoffmannstraße 11 in Unterminiete. Er verweigert jede Auskunft.

Die Ueberangeklagten.

Die macht der Sowjetunion keiner nach.

Wir nehmen hiermit feierlichst alles zurück, was wir jemals über sowjetrussische Zustände geschrieben haben. Wir erklären uns für überwunden, für geschlagen. In Sowjetrußland ist wirklich alles viel schöner als bei uns. Selbst unsere Angeklagten bei Gericht halten keinen Vergleich mit russischen Angeklagten aus.

Wie benimmt sich ein Angeklagter bei uns — zumal, wenn er der herrschenden Staatsordnung feindlich gegenübersteht? — Bockig, verstockt! Er bezweifelt die Objektivität des Gerichts, er pocht auf alle Rechte der Verteidigung, er macht Winkelzüge, erhebt Einwände, kurz und gut, er sucht den ruhigen Gang des Verfahrens zu stören, soviel er nur kann.

Da lobe ich mir die russischen Angeklagten von der „Industriepartei". Obwohl wir seit drei Wochen in allen sowjettreuen Organen lesen, daß es sich bei ihnen um die abgefeimteste Sorte von Sowjethassern und Schädlingen handele, für die eine Kugel noch viel zu schade sei — ungeachtet ihrer amtlich bescheinigten Niedertracht benehmen sich diese Angeklagten nach dem offiziellen Sowjetbericht vor Gericht wie artige Schulknaben, die ihrem Lehrer Krylenko die aufgegebene Lektion hersagen. Jede Geste, jeder Satz scheint auszudrücken: „Aber bitte, Herr Staatsanwalt Krylenko, bemühen Sie sich doch nicht, wir wollen Ihnen ja jede Arbeit ersparen."

Einige Proben aus dem sowjetamtlichen Bericht:

Die Angeklagten erhoben auf Befragen gegen die Zusammensetzung des Gerichtes keinen Einwand, verzichteten jedoch auf Verteidiger (bei einer auf Todesstrafe gehenden Anklage!)

Nach Verlesung der Anklageschrift wurde jeder der Angeklagten gefragt, ob er sich des ihm zur Last gelegten Verbrechens schuldig bekenne. Alle Angeklagten antworteten: „Ja, ich bekenne mich schuldig."

Der erste der Angeklagten, Professor Ramsin, leitete seine Aussage mit folgender Erklärung ein: „Ich will mich nicht verteidigen, denn meine Schädlings- und Verrätertätigkeit ist klar. Ich möchte, daß durch diesen Prozeß die Richtigkeit konterrevolutionärer Versuche zutage tritt und der Widerstand eines gewissen Teils der Ingenieure und der technischen Kräfte aufhört."

Wenn der Staatsprokurator Krylenko mit den Angeklagten vor der Verhandlung wochenlange Exerzitien über ihre Aussagen veranstaltet hätten, es hätte kein einziges Wort schöner und vollgewichtiger im Sinne der Anklage ausfallen können.

Oder hat Herr Krylenko etwa . . .? Diese feurigen Selbstbeschuldigungen der Angeklagten sind so schön, daß sie bereits anfangen, zu schön zu sein. Wer kann sich eigentlich Angeklagte vorstellen, die angesichts der auf sie gerichteten Flintenläufe keinen anderen Eifer kennen, als zu Ehren der Sowjetmacht gegen sich selbst Berge von Belastungsmaterial zusammenzutragen. Hat Herr Krylenko . . . fragen wir. Es macht alles einen so wohlpräparierten, einen so vorzüglich vorbereiteten Eindruck! Hat Herr Krylenko . . .?

Jonathan.

Blutrausch.

Das Hauptorgan der Nationalsozialisten hat einen literarischen Mitarbeiter namens Stolzing-Cerny. Dieser Mann schrieb kürzlich in einer Polemik gegen eine sozialdemokratische bayerische Zeitung: „Mich nennt der anonyme Kritikus den Leichenbeschauer des Dritten Reiches. Ich akzeptiere dieses Amt mit größtem Vergnügen und freue mich heute schon darauf, alle die marxistischen Leichen beschauen zu können, die herumliegen werden, wenn das Dritte Reich aufersteht."

Der Blutrausch hat alle Nationalsozialisten von unten bis oben erfaßt. Herr Hitler will Köpfe in den Sand rollen lassen, und Herr Stolzing-Cerny freut sich schon auf das Blut und die Leichen, die er dann zu sehen bekommen wird!

Der Mann am Schalterfenster.

Unfreundlichkeit als Dank für Pflichteifer.

In dem folgenden Beitrag bemüht sich ein Schalterbeamter der Reichspost, für die oft schwierige, umständliche und zeitraubende, aber notwendige Arbeit dieser Beamten Verständnis zu gewinnen.

Fast alle Kunden der Deutschen Reichspost haben es eilig, sehr eilig sogar, wenn sie auf einem Postamt etwas zu erledigen haben. Es soll hier nicht auf alle Ungerechtigkeiten eingegangen werden, die der Postschalterbeamte erdulden muß, trotzdem soll er immer höflich, zuvorkommend, zurückhaltend und stets behilflich sein, letzteres, soweit seine Befugnisse es gestatten. Wie oft hört man z. B. den Wunsch, auf einer Postanweisung oder Zahlkarte etwas hinzuzusetzen oder gar Abänderungen der Summe vorzunehmen, weil die Zahlenangaben auf den einzelnen Abschnitten nicht übereinstimmen. Umsonst ist der Hinweis des Beamten, daß das streng verboten ist, daß der Aussteller der Formulare Nachtragungen auf diesen mit derselben Handschrift selbst zu machen hat. Aenderungen der geschriebenen Zahlen und Summen aber aus guten Gründen gar nicht zulässig sind. Und wenn nun so ein altes Mütterchen die Brille vergessen hat oder gar im Schreiben keine genügende Fertigkeit besitzt (auch bei jüngeren Personen trifft man das an), dann schimpft die ganze Familie zu Hause über „so einen ekelhaften Postschalterbeamten", der nicht einmal einer alten Frau eine so „schön geschriebene" Postanweisung mit „nur" kleinen Fehlern abnimmt. Aus der Fülle der vielen kleinen Episoden, die der Schalterbeamte erleben muß, seien deshalb einige Fälle herausgegriffen als Beweis für die Unachtsamkeit, die Ahnungslosigkeit, aber auch die Unduldsamkeit des Publikums.

Der nervöse Herr.

Die Postschalter werden, mit Ausnahme der Telegramm- und Ausgabeschalter, für deren Oeffnungs- und Schlußzeiten besondere Bestimmungen gelten, im allgemeinen morgens um 8 Uhr geöffnet. Zum Aerger von Herrn X, der schon eine geraume Zeit im Schaltervorraum unruhig hin und her wandelt, sind „natürlich alle Schalter geschlossen", obwohl ein Schild mit solch verstimmender Mitteilung über keinem der Schalter hängt. Weil die Schalterfenster aber von den Beamten aus irgendeinem Grunde zugeschoben worden sind, sind für Herrn X eben „alle Schalter geschlossen". Mißmutig über solche Unpünktlichkeit, faßt er sich ein Herz und geht zum Schalter 8, da er dort hinter der Scheibe unter hellem Licht einen Beamten hantieren sieht und schiebt ihm einen Wertbrief durch das sofort geöffnete Schalterfenster. „Wertbriefe, mein Herr," sagt der Beamte höflich, „am Schalter 6, bitte!" „Der ist noch geschlossen", brummt Herr X. „Nein," sagt der Beamte freundlich, „der Schalter 6 ist nicht geschlossen, gehen Sie nur hin, Sie werden von dem Kollegen gleich bedient." Als Herr X zum Schalter 6 kommt, ist ihm inzwischen der Bote einer mit postalischen Verhältnissen wenig vertrauten Firma zuvorgekommen, der neben mehreren unfrankierten Einschreibebriefen ohne ausgefüllte Quittungsformulare oder Eintragungen im Postquittungsbuch auch noch 974 Drucksachen zur Barfreimachung aufliefert. Während der nun immer stärker werdenden Verstimmung des Herrn X ist der Beamte eifrig bemüht, die Einschreibbriefe des Firmenboten mit R-Nummern zu bekleben, sie nachzuwiegen, um sie richtig freizumachen; dann schreibt er für jeden Brief eine besondere Quittung und geht nach Erledigung der Einschreibebriefe dazu über, ein vorgedrucktes Formular zur Barfreimachung der aufgelieferten 974 Drucksachen auszufüllen und die Kosten zu berechnen. Wenn das Annahmepostamt keine Freistempelmaschine hat, muß er dazu noch eine Postanweisung ausstellen. Das Geld wird dann dem nächsten Postamt zugesandt, das im Besitze einer Freistempelmaschine ist. Alles in allem braucht der Beamte ungefähr fünf bis sechs Minuten, um diese ziemlich reichlichen Arbeiten auszuführen. Herrn X aber dünkt diese kurze Zeit eine Ewigkeit, und er begrüßt den Beamten folgendermaßen: „Wenn man immer so lange hier stehen muß, dann kann man ja umkommen!" Der Beamte, wenig erfreut über solche unberechtigte Kritik, sagt beschwichtigend: „Das lag nicht an mir, mein Herr!" Worauf es prompt zurückkommt: „An wem denn sonst?" Nun fehlt nur noch, daß der Wertbrief des Herrn X nicht richtig versiegelt ist oder der Umschlag aus nicht festem Papier besteht, der Beamte daher aus diesem Grunde den Wertbrief nicht annehmen darf, dann ist das Urteil dieses Kunden über die Schalterbeamten fertig. Natürlich ist es eine Schikane von dem betreffenden Schalterbeamten, daß er den Brief nicht angenommen hat.

Am falschen Schalter.

Ein zweiter Fall: Eine Dame, die vor dem Postamt schon geraume Zeit mit ihrer Freundin plauderte, entdeckt plötzlich, daß sie ja eigentlich „gar keine Zeit" habe. Sie geht in den Schaltervorraum hinein und schnurstracks mit nur einer Postanweisung an einen Schalter, wo die wenigsten Personen mit Zahlkarten und Postanweisungen stehen, um rasch abgefertigt zu werden. Aber der Beamte an diesem Schalter scheint gar nicht vorwärts zu kommen, denn am Nebenschalter sind inzwischen schon vier bis fünf Personen bedient worden, während vor ihr erst ein Mann abgefertigt worden ist. Nachdem sie endlich herangekommen ist, fällt im Weggehen ihr Blick auf ein Schild über dem Schalter: „Masseneinlieferungen von Postanweisungen und Zahlkarten". Am Nebenschalter aber steht: „Einzelne Postanweisungen und Zahlkarten, Telegramme usw." Jetzt weiß sie, warum es am Nebenschalter mit der Abfertigung so flott ging. Auf alle Fälle nimmt sie sich vor, beim nächsten Mal erst den Text der Tafeln über den Schalterfenstern genau zu lesen, um nicht unnütz lange stehen zu müssen.

Der gewissenhafte Beamte.

Ein Dritter gibt ein Telegramm auf nach einem Ort, der nicht allgemein bekannt ist, und ist der Meinung, daß der Postschalterbeamte sofort wissen muß, wo der Ort liegt. Der Auflieferer wundert sich deshalb, daß der Beamte diesen Ort erst im Nachschlagewerk „sucht" und dann das Telegramm berechnet; damit das Telegramm nicht falsch geleitet wird, sieht der Beamte vor Annahme erst im amtlichen Verzeichnis für Telegraphenanstalten nach, um festzustellen, ob auf dem Telegramm zu dem Bestimmungsort die Angabe einer Nebenbezeichnung notwendig ist, kurz, er sucht die telegraphische Bezeichnung dieses Ortes. Nur zu leicht kann es vorkommen, wenn der Annahmebeamte diese Sorgfalt unterläßt, daß das Telegramm in kurzer Zeit von der Telegrammsendestation zurückkommt mit der Anfrage: „Welcher Ort ist gemeint?" Weil gleichlautende Ortsnamen vorhanden sind, hat jeder Ort in solchen und auch anderen Fällen seine besondere telegraphische Bezeichnung. Das Nachblättern des Beamten im amtlichen Verzeichnis der Telegraphenanstalten hat mit Unkenntnis in Geographie nichts zu tun. Nur aus Gewissenhaftigkeit geschieht das, und zwar stets zum Vorteil des Absenders selbst. Aehnlich liegen die Dinge z. B. auch beim Bestellen von Zeitungen.

Gern soll anerkannt werden, daß bei diesen und ähnlichen Gelegenheiten auch ein Teil des Publikums für den Beamten Partei nimmt. In vielen Fällen jedoch brauchte sich das Publikum überhaupt nicht zu beklagen, wenn es die Aufforderung der Deutschen Reichspost befolgen würde, zu seiner Abfertigung nicht die Hauptverkehrsstunden zu benutzen. Alle Postkunden erledigen ihre postalischen Geschäfte so nebenher, bei Besuchen, Einkäufen, in Mittagspausen, nach Geschäfts- und Büroschluß. Wenn das Publikum wüßte, mit welchem Ernst und welcher Sorgfalt die Schalterbeamten ihres Amtes walten, dann würde manche ungerechte Klage verstummen. Gerade die Schalterbeamten haben neben den Zustellern ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung ihres guten Rufes im Verkehr mit dem Publikum, und ein jeder von ihnen ist gewillt, sein Bestes dazu beizutragen.

Drei Vortragsabende

„Ein Trunkener."

Albert Einstein über Johannes Kepler.

In der Reihe der öffentlichen Akademievorträge sprach Albert Einstein über „Das Lebenswerk Keplers". Auf das äußere Leben dieses vielleicht „wunderbarsten" Sohnes unseres Landes, der bei seinem reichen Kindersegen häufig in Geldnot war, seine alte der Hexerei beschuldigte Mutter verteidigen mußte, auch sonst noch mehr als andere unter den „Zeitgenossen" zu leiden hatte, ging Einstein nicht näher ein, er bezeichnete es treffend weder als heitere Komödie noch als Trauerspiel, sondern als „endlose Plackerei". Diese berührte aber Kepler nicht allzu sehr, er war im Grunde doch ein glücklicher Mensch, für den nicht sein äußeres Leben entscheidend war, sondern ein inneres, das durchleuchtet wurde von der Fackel einer mächtigen Phantasie und Tatkraft. Kepler lebte in seinen Anschauungen und Gedanken als ein „Trunkener", zeitlebens besessen von einer großen Idee, und zwar von der Idee der Harmonie im Aufbau unseres Planetensystems, dessen geheimnisvoll verborgenen Gesetzen er fortdauernd nachspürte, und die es ihm zu entschleiern schließlich gelang.

In meisterhafter Weise verstand es dann Einstein, einem nicht mathematisch durchgebildeten Publikum die übergroßen Schwierigkeiten klarzumachen, die Kepler bei dieser Lebensaufgabe vorfand, und welche die Lösung fast unmöglich erscheinen lassen mußten, und weiter den Weg verständlich zu machen, auf dem das ungeheure Werk, die Aufstellung der bekannten Keplerschen Gesetze der Planetenbewegung, mit einer fast übermenschlichen Arbeitsleistung schließlich zum glücklichen Ende geführt wurde.

Br.

Revolutionäres aus alter und neuer Zeit

Vortragsabend des Volksbildungsamts Neukölln.

Martha John besitzt alle wesentlichen Eigenschaften, um revolutionäre Dichtungen zu sprechen und ein abendfüllendes Programm daraus zusammenzustellen: ihre Begeisterung ist echt, ihr Unterscheidungsvermögen zwischen dem ehrlich Revolutionären und dem nur klangschönen Pathos unbestechlich und absolut sicher. Deshalb kann sie aus der Fülle des vorhandenen Materials ein vielseitiges, in jeder einzelnen Darbietung vollwertiges Programm bieten. An diesem Abend, der vom Volksbildungsamt Neukölln im Städtischen Saal, Bergstraße, veranstaltet wurde, führte die Linie ihrer Vorträge von der geistigen zur politischen Revolution. Von Goethes „Prometheus" und Rilkes „Oelberggang", von diesen Dichtungen des Gotteskampfes, schlug ein Brief, den Hermann Hesse 1919 an einen jungen Freund schrieb, in seiner Verbindung von geistigen und politischen Problemen, die Brücke zu den politischen Kampfdichtungen, die Bauernkrieg, Weberaufstand, Revolution, behandelten. Als Schluß kam Lerschs Aufruf an die Jugend, der Aufruf zur unblutigen, weltbezwingenden Revolution, die der proletarische Geist führt: „Marsch, marsch! Marschiert!"

Martha John kann mit überwältigender Inbrunst sprechen. Wenn sie ihre Stimme noch etwas besser schult, die Konsonanten im leisesten Flüstern wie im wirklichsten Aufruf scharf aussprechen lernt, wird sie eine Vortragskünstlerin werden, die auf dem Gebiet der proletarischen Dichtungen bestimmt wenige ihresgleichen hat.

—lr.

Rhythmus als Lebensnotwendigkeit.

Vortrag in der Jutta-Klamt-Schule.

In der Hochschulabteilung der Jutta-Klamt-Schule sprach Fritz Böhme über „Rhythmus als Lebensnotwendigkeit". Der Rhythmus, so führte er aus, ist das Naturgegebene. Die ganze Naturbewegung, alle Erscheinungen und Vorgänge in der Natur verlaufen rhythmisch. Wir erleben diese Kraft in jedem Augenblick unseres Daseins, wir wissen, daß sie ist, aber wir wissen nicht, wozu, warum sie ist, was sie ist. Die Natur schuf mit dem Rhythmus den ewigen Wandel; der Mensch versuchte sich gegen diesen Ablauf zu stemmen, indem er den Intellekt als Bollwerk aufrichtete. Der Mensch wollte damit sich und seinem Geschlecht Dauer geben. Dabei hat sich die Menschheit aber zu weit von der Natur entfernt. Sie ist ihrem Rhythmus, dieser Weltkraft, noch immer untertan und wird es bleiben; aber sie versuchte diese Kraft zu leugnen. An Stelle vom Rhythmus setzte sie den Takt. Arbeitstempo und Lebensablauf lassen sich aber nicht in Einklang bringen. Die Menschen haben begonnen, soweit Zeit, Geld und Kräfte es zulassen, aus Arbeit und Leben eine Zweiheit zu machen. Doch immer weniger Menschen sind selbst dazu imstande, immer mehr werden von dem Arbeitstakt völlig verschlungen. Kultur heißt: Menschenabsicht und Natur in Einklang zu bringen suchen; von dieser Kultur sind wir leider noch sehr entfernt. Die rhythmische Körperbewegung ist geeignet, den Menschen die Freude an ihrem Körper und das Gefühl seiner Naturverbundenheit wieder zu geben, und deshalb als wichtiger Ausgleich zu dienen. Vor allem forderte der Vortragende deshalb, daß in den Schulen der rhythmische Tanz grundsätzlich einen Platz eingeräumt erhalte.

T. E. S.

Streit um den Film „Frauennot — Frauenglück"

Schadenersatzklage gegen Bayern.

Die Polizeidirektion München hat den von der Filmoberprüfstelle zugelassenen Film „Frauennot — Frauenglück", der vom 2. Dezember im Deutschen Theater in München vorgeführt werden sollte, wiederum verboten. Dieses Verbot ist nach Auffassung der Filmindustrie rechtswidrig, weil nach dem Reichslichtspielgesetz ein zensierter Film im ganzen Deutschen Reich gezeigt werden dürfe und jegliche Tätigkeit von Polizeibehörden damit ausgeschaltet werde. Gegen das Verbot ist Beschwerde beim Ministerium des Innern in München eingelegt worden. Außerdem hat die geschädigte Firma Feststellungsklage beim Landgericht München gegen den Freistaat Bayern auf Schadenersatz erhoben, weil der Staat für Rechtsverletzung durch seine Behörden hafte.

Der Große Preis von Sevilla fällt nach Mainz. Auf der großen Ibero-Amerikanischen Ausstellung in Sevilla erzielte die Stadt Mainz mit der dort ausgestellten Gutenberg-Werkstätte den Großen Preis mit Goldener Medaille. Damit kam die höchste Auszeichnung in den Besitz der Stadt Mainz.

Die schnellste Bahn der Welt ist eine Schwebebahn, die von einem Ingenieur für die Stadt Glasgow erbaut worden ist. Die Wagen haben die Form eines Torpedos und hängen an einem Schienenstrang, der auf einem festen Gerüst ruht. Sie bewegen sich mit einer Geschwindigkeit von 210 Kilometern in der Stunde.

Piscator-Bühne. Wegen Generalprobe zu „Mond von links" fällt die heutige Vorstellung „Die Tat" im Wallnertheater aus.

„Georg Kaiser als Dramatiker dieser Zeit" lautet das Thema eines Vortrages, den Julius Bab im Anschluß an die Aufführungen von „Mississippi" auf Einladung der Volksbühne am 30., 20 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses hält. Einlaßkarten 0.60 Mark am Saaleingang.

Der Architekten- und Ingenieurverein veranstaltet am 1. Dezember, 20 Uhr, im Meistersaal, Köthener Straße 38, einen Vortrag mit Lichtbildern über: „Die Mauern von Konstantinopel". Vortragender: Dr.-Ing. Krischen, ord. Professor der Technischen Hochschule in Danzig. Karten sind in der Geschäftsstelle des Vereins, Wilhelmstr. 92/93 zu haben.

Städtische Oper. Die nächsten Premieren erleiden eine Verschiebung dadurch, daß Maria Ivogün erst Anfang nächsten Jahres wieder auftreten kann. Die nächsten Novitäten werden sein: Anfang Dezember „Hänsel und Gretel", Ende Dezember „Rheingold", Ende Januar „Die Afrikanerin".

In der Reihe der diesjährigen Tanzmatineen der Volksbühne findet am 30., vorm. 11½ Uhr, im Theater am Bülowplatz, das erste Berliner Gastspiel der Münchener Kammer-Tanzbühne mit ihrem eigenartigen Schlagzeug- und Xylophon-Orchester statt. Die weiteren Matineen des Jahres werden dann u. a. noch ein Auftreten Mary Wigmans, ein Gastspiel Raden Mas Jodjanas, Darbietungen von Harald Kreutzberg und Yvonne Georgi u. a. m. bringen.

Das Tscheka-Land

Erinnerungen eines Sowjetdiplomaten.

Vorweg: Herr Grigorij Bessedowsky, der neun Jahre lang im diplomatischen Dienste Sowjetrußlands gestanden und „alles mitgemacht" hat, ist uns kein klassischer Zeuge, auch wenn er sich am Schluß seiner Laufbahn als Pariser Botschafter nur durch einen Sprung über die Mauer vor der GPU. hat retten können. Der Anschein, den sich der heutige Bessedowsky zu geben sucht, als sei er im Grunde seines Herzens stets der alte, demokratisch gesinnte Sozialrevolutionär geblieben — dieser Anschein dient wohl als Rechtfertigung für Bessedowskys jetziges Lesepublikum, aber er ist trügerisch. Irgendwo, aus Anlaß eines Intrigenspiels zwischen Litwinoff und Tschitscherin, schreibt Bessedowsky, daß er bis jetzt noch nicht begreife, warum er nicht damals schon vor Ekel und Scham den ganzen Bettel hingeworfen habe. Wir anderen begreifen schon . . .

Denn das Milieu, dessen Schilderung Bessedowsky im zweiten Band seiner Erinnerungen (Den Klauen der Tscheka entronnen. — Verlag Grethlein u. Co., Leipzig) noch deutlicher als im ersten Band vor uns ausbreitet, das Milieu der ausländischen Sowjetgesandtschaften und Delegationen, ist zwar mit seinem dauernden Intrigenspiel, seiner Spionage und Konterspionage, der gegenseitigen Ueberwachung und Bespitzelung durch „Zelle" und durch GPU. vom Standpunkt moralischer Sauberkeit absolut widerwärtig, aber es ist so ziemlich das einzige Milieu, in dem einige hundert der bevorzugten Kaste Sowjetrußlands ungeniert den Lebemann spielen können. Die Gehälter der Gesandten und ihres Personals werden in vollgewichtigen Dollars ohne Knauserei ausgezahlt, ungeheure und unkontrollierbare Fonds zur Finanzierung der kommunistischen Parteien in den jeweiligen Gastländern (sowie einzelner Streiks, Verschwörungen usw.) laufen durch die Hände der Gesandten. Kommt irgendein Würdenträger aus Moskau zum Besuch, so muß ihn der Pariser Gesandte natürlich genauestens in die „Bourgeoisunzucht" seines Domizils einweihen. So kostet ein nächtliches Abenteuer des Volkskommissars Rudsutak (Intimus Stalins) in Paris die Kleinigkeit von 10 000 Franken (1600 Goldmark), wofür Rudsutak allerdings die Genugtuung erlebt, die „Bourgeoisunzucht" in einem Zimmer studieren zu dürfen, das schon verschiedenen gekrönten Häuptern zum gleichen Zwecke gedient hatte!

Unwillkürlich vergleicht man das Leben dieser Gesandtschaften, in denen Suff und Glücksspiel zu Hause sind, mit dem Jammerdasein des russischen Volkes, wie es Panait Istrati in seinen drei Bänden über Rußland schildert. In Moskau und Leningrad, inmitten des allgemeinen Jammers, müssen sich die Machthaber wenigstens nach außen hin einige Beschränkungen auferlegen. Aber was erfährt der gläubige Iwan Iwanowitsch von dem, was sich in Paris oder Tokio tut! Wenn Bessedowsky in aller Harmlosigkeit erzählt, wie er an der Seite des japanischen Ministers Debutschi monatelang Politik schwatzt und dabei die kulinarischen Feinheiten der japanischen Küche durchkostet, so hat B. zwar viel Gedanken dabei über die chinesische Politik Stalins, aber keinen einzigen an die hungernden Millionen in Rußland, deren Nahrung Stockfisch und Kriegsbrot sind.

Freilich — die Gesandtschaftsparadiese des Sowjetbeamtentums sind von Gefahren umlauert. Ob Warschau, ob Tokio, ob Paris — jede Gesandtschaft hat ihre GPU.-Abteilung, und jede GPU.-Abteilung ihre Spitzel. Kopp, der Vorgänger Bessedowskys in Tokio, und Litwinoff in Moskau führen ihre private Korrespondenz mit Bleistift, weil niemand seiner Schreibmaschinistin trauen kann! Jeder Gesandtschaftssekretär verfaßt über den anderen geheime Berichte an die GPU., private Gespräche werden säuberlich notiert und weitergemeldet. Keiner weiß, ob er nicht morgen den Befehl erhält, sich in Moskau zu verantworten, was gewöhnlich das Vorspiel zu einer Verbannung nach der Solowetz-Insel ist.

Behaupten kann sich in solcher Atmosphäre nur der absolute Zynismus, die kaltschnäuzigste Frivolität. Ohne eine tüchtige Portion davon würde auch Bessedowsky wohl kaum neun Jahre lang das Spiel bestanden haben. Wichtig ist dies, weil dieser Zynismus die Außenpolitik Sowjetrußlands bestimmt. Politisch das interessanteste Kapital ist wohl bei B. die Darstellung, wie durch das Intrigenspiel Borodins gegen Tschangkaischek die chinesische Revolution durch Rußland verraten, wie die Befreiung Chinas dem unerfüllbaren Traum eines Sowjet-Chinas aufgeopfert wird. Aber was interessiert sich die Abenteurerpolitik Stalins für das chinesische Volk? Es ist ein Stein im Spielbrett eines Vabanquespiels um den Traum der „Weltrevolution".

Ueberboten wird der Zynismus allerdings oftmals durch die absolute Unwissenheit, mit der Moskau die politischen Richtlinien der Außenpolitik diktiert. So verlangt Stalin, daß die chinesischen Bauern nach russischem Vorbild aufgefordert werden, die Großgrundbesitzer abzuschlachten und die Gutshöfe niederzubrennen. Er muß sich erst von seinem Tokioter Gesandten darüber belehren lassen, daß in vielen Provinzen Chinas es keinen derartigen Großgrundbesitz gibt, daß die Bedrückung der chinesischen Bauern auf ganz andere Weise, durch die Mandarinen, erfolgt. Erheiternd, wie Stalin den russischen Behörden einmal die Teilnahme an einer Pacific-Konferenz verbietet, weil er das für eine pazifistisch-bürgerliche Veranstaltung hält, während es sich in Wirklichkeit um eine wissenschaftliche Konferenz der am Pacifischen (Stillen) Ozean liegenden Staaten handelt!

Man mag in Bessedowskys Darstellungen einen Teil auf Konto der persönlichen Feindschaft und des Renegatenhasses setzen. Aber die Gesamtheit des Milieus, das Wesen dieser durch Unwissenheit und Hinterhältigkeit diktierten Außenpolitik kann nicht erfunden sein. Solange Sowjetrußland sich systematisch der objektiven Forschung verschließt, werden wir die Bessedowskys jedenfalls als Erkenntnisquellen nicht entbehren können, wenn wir sie auch nicht unkritisch benutzen dürfen.

E. K—r.

Schiedsspruch im Bauschlosserstreik

Wesentliche Milderungen des ersten Schiedsspruches

Gestern fanden vor dem Schlichter Verhandlungen im Bauschlosserstreik statt, da die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung des von uns kritisierten Schiedsspruches beantragt hatten. Wie erinnerlich, hatte dieser Schiedsspruch einen allgemeinen Lohnabbau von 3 Proz. ausgesprochen, dazu die Beseitigung der sogenannten Sicherungsklausel, wonach auch die übertariflichen Löhne bei Lohnerhöhungen berücksichtigt und nicht abgebaut werden dürfen.

Wegen eines Formfehlers konnte von vornherein dem Antrag der Unternehmer nicht stattgegeben werden. Es wurde eine Schlichterkammer gebildet unter dem Vorsitz des Schlichters für Berlin. Nach langwierigen Beratungen wurde in später Abendstunde folgender Schiedsspruch gefällt:

Alle Löhne der Jugendlichen und Weiblichen, die unter 72 Pf. die Stunde liegen, bleiben unverändert. Die Löhne von 72 Pf. bis 1,02 M. werden um 1 Pf., die Löhne von 1,03 M. bis 1,39 M. um 2 Pf., die Löhne von 1,40 M. bis 1,49 M. um 3 Pf., von 1,50 bis 1,54 M. um 4 Pf. und die Löhne, die über 1,55 M. die Stunde betragen, um 5 Pf. gekürzt. Die Akkordbasis wird um 2 Proz. gekürzt. Sinkt der Reichsindex der Lebenshaltungskosten unter 140, dann tritt eine Lohnkürzung von 3 Proz. ein, steigt der Index wieder auf 145,4 (dem letzten Stand), dann wird diese Lohnkürzung wieder rückgängig gemacht. Die Laufdauer des Schiedsspruches gilt bis zum 30. September 1931. Zu diesem Schiedsspruch werden die streikenden Bau- und Geldschrankschlosser heute abend Stellung nehmen.

Verbindlichkeit abgelehnt.

Weil kein Lohnabbau vorgenommen wurde.

Gleiwitz, 27. November.

In der Lohnstreitsache im oberschlesischen Kohlen- und Erzbergbau wurden bekanntlich am 2. Oktober d. J. von der Schlichterkammer unter Vorsitz von Professor Dr. Brahm zwei Schiedssprüche gefällt. Danach war für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau die Beibehaltung der bestehenden Lohntafel vorgesehen. Die neue Lohnfestsetzung solle unkündbar bis zum 31. Januar 1931 laufen. Auch der Schiedsspruch für den Erzbergbau beließ es im wesentlichen bei den bisherigen Löhnen. Nur für zwei Erzgruppen, die unter ganz besonders ungünstigen Bedingungen arbeiten, war eine Lohnkürzung von 4 Proz. vorgesehen.

Die beantragte Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedssprüche ist nunmehr vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden, nachdem der Arbeitgeberverband sich bereit erklärt hat, die bisherigen Löhne bis zum 31. Dezember 1930 weiterzuzahlen. Die Entscheidung über den Termin des Inkrafttretens der bereits beschlossenen Preisermäßigung für oberschlesische Steinkohle wird voraussichtlich am kommenden Sonnabend fallen.

Neue KPD.-Niederlage bei den Buchdruckern.

Nachdem die Kommunisten bereits in der Spartenversammlung der Berliner Handsetzervereinigung des Buchdruckerverbandes eine Niederlage erlitten hatten, mußten sie auch in der Generalversammlung des Vereins Berliner Drucker am Sonntag im „Berliner Klubhaus" den Rückzug antreten.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, jedoch unter Ausschluß der drei bisher im Vorstand vertretenen KPD.-Anhänger, so daß sich der neue Vorstand nur aus Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung zusammensetzt. Das ist eine neue Quittung der Buchdrucker an die KPD. für ihre Spaltungsmanöver.

Blutige Streikunruhen in Amerika.

Lockspitzel an der Arbeit.

New York, 27. November. (Eigenbericht.)

In dem Textilgebiet von Danville (Virginia), wo 5000 Textilarbeiter unter der Führung des Gewerkschaftsbundes seit Ende September um das Organisationsrecht und um Arbeitserleichterungen kämpfen, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Es sind 600 kriegsmäßig ausgerüstete Milizsoldaten zur Wiederherstellung der Ordnung und zum Schutze der Streikbrecher aufgeboten worden. Sämtliche Streikversammlungen und Umzüge wurden verboten. Zahlreiche Arbeiter wurden verhaftet. Die Streikenden machen die von den Unternehmern angestellten Provokateure für die Unruhen verantwortlich und fordern die Nichtverwendung von Streikbrechern.

Ihr laßt die Armen schuldig werden.

Polnischer Landarbeiter bestraft – Gutsherr geht frei aus.

Ein Gerichtsurteil, das zum Nachdenken veranlaßt, fällte der Schnellrichter in Stolp (Hinterpommern). Vor ihm hatten sich 15 polnische Landarbeiter und -arbeiterinnen wegen unbefugten Aufenthalts in pommerschen landwirtschaftlichen Betrieben zu verantworten. Sie erhielten nach einem Bericht der „Pommerschen Provinzkorrespondenz" je 14 Tage Gefängnis.

Das alte Lied: die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Die armen polnischen Landarbeiter werden verurteilt, wenn sie in Deutschland Brot suchen und kein vorschriftsmäßiges Papiere haben. Die Agrarier, die diese Landarbeiter beschäftigen, werden nicht bestraft. Das bedeutet einen förmlichen Anreiz zur Beschäftigung von Ausländern, die nicht im Besitz ordentlicher Papiere sind; denn warum werden solche Leute gern beschäftigt? Sie dürfen sich nicht mucksen, weil sie sonst bestraft werden und sind daher gezwungen, zu noch elenderen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten als die regulären polnischen Wanderarbeiter.

Bei der Festsetzung des neuen Ausländerkontingents für das nächste Jahr muß ein für alle Mal der Zustrom polnischer Wanderarbeiter auf den überlasteten deutschen Arbeitsmarkt abgestoppt werden. Wenn der Abbau des Ausländerkontingents auch nicht so leicht ist, wie manche Leute sich das vorstellen — man kann nicht in Bausch und Bogen alle polnischen Wanderarbeiter mit und ohne Befreiungsschein über die Grenze schicken —, so darf man doch erwarten, daß das Kontingent mindestens um die Hälfte oder um drei Viertel verkleinert wird.

Eine Akademikerkundgebung.

Verschlechterung des Bildungsniveaus.

Am Mittwoch sprachen im Bach-Saal im Namen des Verbandes der deutschen Hochschulen, des deutschen und preußischen Philologenverbandes und anderer Akademikervereine der Rektor der Technischen Hochschule Charlottenburg, Professor Dr. Hamel, und der Oberstudiendirektor Dr. Bolle gegen die Zerschlagung der höheren Schulen, die angeblich vom preußischen Kultusministerium geplant sei. Unter der „Zerschlagung der Schulen" wurde die Verkürzung der Unterrichtszeit der höheren Schulen von 9 auf 8 Jahre verstanden, die vom preußischen Finanzminister aus Ersparnisgründen vorgeschlagen worden ist.

Professor Hamel glaubte nachweisen zu können, daß die Verkürzung der Schulzeit eine Verschlechterung des Bildungsniveaus der deutschen Studierenden bedeute und die deutschen Studenten dazu verurteile, zu schematisch ausgebildeten Spezialisten zu werden. Das Fehlen der nötigen Allgemeinbildung verhindere in Zukunft, daß überhaupt noch Studenten auf das Niveau der freien wissenschaftlichen Forschung hinaufkämen. Dem sachlich vorgetragenen Referat fehlte es nicht an ironischen Spitzen des gelehrten Herrn gegen die Organisation der deutschen Volksschullehrer, den Allgemeinen deutschen Lehrerverein, auf den sich das Kultusministerium bei seinen Reformplänen angeblich stützt, und auf das preußische Grundschulsystem.

Der zweite Redner versuchte nachzuweisen, daß die Ersparnisabsichten der preußischen Regierung in Wirklichkeit nur geringen finanziellen Erfolg haben können. Vor allem beklagte er die Studienräte, die durch diese Maßnahme um ihre Stellung kommen würden. Beide Redner waren sich darin einig, daß es unmöglich sei, den deutschen höheren Schülern und den deutschen Studenten in Zukunft das „Denken" beizubringen, wenn die Verkürzung der Schulzeit durchgeführt werden sollte.

Daß das den jetzigen Bildungsstätten auch nicht in allzu hohem Maße gelungen ist, haben die nationalistischen Ausschreitungen und Rüpeleien höherer Schüler und Studierender in letzter Zeit zur Genüge gezeigt.

Das durchweg stubenrein „akademische" Publikum, das reichlich mit Schmissen geziert war, spendete insbesondere den Ausfällen der Redner gegen ein angebliches Parteiprogramm Beifall, demzuliebe die Schulzeitverkürzung durchgeführt würde.

Die nützlichen Schädlinge.

Sie gestehen alles und agitieren für Aufrüstung.

Moskau, 27. November. (Sowjet-Agentur.)

In dem Prozeß gegen die „Industriepartei" verlas der Angeklagte Kalinnikoff in seinem Schuldbekenntnis, das mehr als eine Stunde in Anspruch nahm, seiner Reue Ausdruck und bekundete, er habe sich nach dem Oktoberumsturz auf einen bolschewistenfeindlichen Standpunkt gestellt. 1927 sei er der Ingenieurzentrale beigetreten. Nach eingehender Schilderung seiner Schädlingstätigkeit erklärt er weiter, daß er

bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes nach den Weisungen der Schädlingszentrale gehandelt

habe. Die von den Schädlingen, die in der staatlichen Planwirtschaftskommission tätig waren, vorgezeichneten Maßnahmen seien durch Mitglieder der Schädlingsorganisation ausgeführt worden. Die in der Anklageschrift erwähnten Beziehungen zwischen der „Industriepartei" und ausländischen Imperialisten und die Aussagen anderer Angeklagten hierüber bestätigt Kalinnikoff; einer der Gründe, die die Imperialisten veranlaßten, auf Beschleunigung der Intervention zu dringen, war ihre Ueberzeugung, daß die Rote Armee damals technisch unzureichend ausgerüstet war. Zum Schluß spricht Kalinnikoff über die Verbindung mit den französischen Agenten R. und R. in Moskau und die ihnen übermittelten zahlreichen Agenturinformationen.

Sodann legte Tscharnowski ein Schuldbekenntnis ab.

England protestiert nicht.

London, 27. November.

In Beantwortung einer Anfrage über den Moskauer Prozeß erklärte Staatssekretär Henderson im Unterhause, im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen eine Anzahl russischer Professoren hätten Privatpersonen unbegründete Anschuldigungen gegen britische Staatsangehörige und auch gegen die britische Regierung erhoben. Da aber die offizielle Anklageschrift diese Anschuldigungen nicht enthalte, bestehe kein Grund zu einem britischen Protest bei der Sowjetregierung.

Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung

Langsamer Abbau.

Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung sollte vom 1. Januar 1931 ab verschwinden. Da das Reich aber kein Geld hat, macht die Entschädigungsfrage Schwierigkeiten. Der zur Durchführung des Verbots der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung jüngst vom Reichskabinett verabschiedete Entwurf sieht daher folgende Regelung vor: Alle gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe nach dem 2. Juli 1910 begonnen haben — mit Ausnahme der Konzertagenten —, müssen ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 einstellen. Eine Entschädigung steht ihnen nicht zu. Gewerbsmäßige Stellenvermittler für Artisten, Bühnenangehörige, Chor- und Tanzpersonal, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, müssen ihren Betrieb ebenfalls zum 31. Dezember 1930 einstellen. Sie werden bar entschädigt. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen. Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt den Zeitpunkt bestimmen, in dem auch die Konzertagenten ihren Betrieb einstellen müssen. Die übrigen gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 (d. h. also länger als die in Gruppe I genannten Vermittler. D. Red.) ausüben, erhalten die Erlaubnis, ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1933 fortzuführen. Eine Entschädigung in bar findet nicht statt, vielmehr tritt die Verlängerung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb an die Stelle der Entschädigung.

Wetter für Berlin: Beständiges, ruhiges und noch mildes Wetter ohne Niederschläge. — **Für Deutschland:** Im größten Teile des Reiches vorwiegend trocken, nur im Westen etwas Regen, überall mild.

Verantwortl. für die Redaktion: Franz Kühe, Berlin; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Der Abend
Spätausgabe des Vorwärts

Von der Freiheit des Studenten

Ein Nachwort zu den Hochschulkrawallen

Der Rektor der Berliner Universität hat gestern in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, womit — bis auf weiteres — die Ruhe an der Berliner Universität gesichert sein dürfte. Das Bemerkenswerteste daran ist, daß der geplante „Studentische Ordnungsdienst" nicht zustande gekommen ist.

Zu den Hochschulkrawallen ist es in Berlin im Anschluß an die Verteilung eines Aufrufs des „Deutschen Studentenverbandes" und eines Flugblattes der „Sozialistischen Studentenschaft" gekommen. Das Flugblatt der „Sozialistischen Studentenschaft" war im „Vorwärts" veröffentlicht. Es als hetzerisch zu bezeichnen, grenzt an Demagogie. Daß der Aufruf des „Deutschen Studentenverbandes" in absolut würdiger Form gehalten war, haben nicht nur zahlreiche Hochschulprofessoren, sondern auch Thomas Mann bestätigt.

Wodurch fühlten sich also die „nationalen" Studenten provoziert? Durch die Polizei, die auf der Straße zur Aufrechterhaltung der Ruhe bereit war. Es ist bedauerlich, daß während des ganzen Krachs von den Hochschulbehörden nicht einmal energisch dieser Auffassung entgegengetreten wurde. Es ist ungeheuerlich, wenn sich Studenten, die alle später einmal Beamte der Republik werden wollen, sich durch Beamte der gleichen Republik, die einen gewiß nicht leichten Dienst versehen, „provoziert" fühlen, ohne daß dieser Auffassung von den akademischen Behörden entgegengetreten wird. Daß die Hochschulorgane nicht einmal innerhalb der Hochschulen in der Lage sind, das Ansehen des Staates zu schützen, beweisen tägliche Zwischenfälle an allen deutschen Universitäten, die schon so sehr zum Alltagsleben gehören, daß sie die Tagespresse nur noch in den allerseltensten Fällen registriert. Wenn dann einmal die republikanischen Studenten sich an die Oeffentlichkeit wenden, so haben sie das Recht, zu verlangen, daß die Durchführung dieser Aktion ungehindert vonstatten geht. Wenn die akademischen Behörden innerhalb der Hochschulen, wie in diesem Falle in Berlin, nicht allein für Ruhe und Ordnung zu sorgen vermögen, so darf bezweifelt werden, ob ein Ordnungsdienst in der Art des in Berlin geplanten dann der richtige Weg ist, um Zwischenfälle auszuschalten.

Die Sozialistische Studentenschaft war trotzdem bereit, an der Errichtung des Ordnungsdienstes mitzuarbeiten, um von vornherein zu zeigen, daß sie gewillt war, den Rektor in jeder Weise bei seinem Bemühen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, zu unterstützen. Daß die Errichtung gescheitert ist, liegt an den unmöglichen Vorschlägen der Rechten. So schlug man unter anderem vor, die „Ordner" durch eine allgemeine Abstimmung aller Studenten zu bestimmen. Damit ist ohne weiteres klar, daß es den Herren, die die „akademische Freiheit" unentwegt schützen zu müssen glauben, nicht darauf ankam, Studenten zu bestimmen, die sofort zur Beruhigung eingesetzt werden konnten. Man wollte aus der ganzen Angelegenheit lediglich für sich eine Propagandaaktion machen. Es ist erklärlich, daß dem Rektor nichts weiter übrig blieb, als die Verhandlungen abzubrechen, nachdem sich die rechten Gruppen ausdrücklich geweigert hatten, auf den Vorschlag der Sozialisten, der eine **paritätische Besetzung forderte,** einzugehen.

Man kann wohl annehmen, daß der Gedanke des akademischen Ordnungsdienstes in dieser Form für immer erledigt ist. Die sozialistischen Studenten verlangen innerhalb der Hochschulen keinerlei Sonderstellungen. Für uns existiert der Begriff der „akademischen Freiheit" in der alten Form nicht, der im übrigen, wie aus den Erklärungen des Kultusministers zu den Vorfällen in Königsberg eindeutig hervorgeht, keinerlei reale Bedeutung hat. Wir müssen aber um so energischer verlangen, daß die in der Verfassung gewährte Vereins- und Versammlungsfreiheit auch auf den Hochschulen gilt.

Weiter gibt der Rektor in seiner Erklärung an, daß bei den Vorfällen das Vorhandensein einer anerkannten Studentenvertretung schmerzlich vermißt wurde. Auch eine anerkannte Gesamtvertretung aller Studenten wird planmäßig vorbereitete Krachszenen der Nationalsozialisten nicht verhindern können. Das beweist ja, daß es nicht nur in Berlin, Königsberg, Breslau und anderen Hochschulen, an denen keine Gesamtvertretung besteht, zu Skandalen gekommen ist, sondern daß gerade München und Heidelberg die Orte sind, an denen Radau zum akademischen Stundenplan gehört. Daß an beiden Orten eine staatlich anerkannte Studentenvertretung besteht, kann daran nichts ändern. Die Nationalsozialisten denken nicht daran, etwa deswegen mit ihren Pöbeleien gegen Professor Gumbel in Heidelberg aufzuhören, zumal sie ja getreulich dabei von den gesamten rechtsstehenden Korporationen sekundiert werden. Vor dieser Ueberschätzung der studentischen Selbstverwaltung, wie sie in den Erklärungen des Rektors zum Ausdruck kommt, sei heute schon dringend gewarnt.

Daß damit von der Sozialistischen Studentenschaft keine prinzipielle Ablehnung der studentischen Selbstverwaltung erfolgt ist, weiß jeder, der die hochschulpolitische Stellung, die wir seit Jahren einnehmen, kennt. Wir sind auch heute durchaus bereit, an der Erneuerung der studentischen Selbstverwaltung mitzuarbeiten. Das ist auch dem Rektor der Berliner Universität bei den Verhandlungen immer wieder erklärt worden. Voraussetzung ist aber, daß die Selbstverwaltung, deren Ausdruck eine Gesamtvertretung aller Studenten wäre, so aufgebaut wird, daß das preußische Kultusministerium ihr die staatliche Anerkennung erteilen könnte.

Darum müßte von vornherein verhindert werden, daß die Studentenvertretung, wie es ja heute z. B. in Bayern der Fall ist, sich mit „hoher Politik" beschäftigt. Die Behandlung allgemeinpolitischer Fragen hat in einer staatlich anerkannten Studentenvertretung nichts zu suchen. Diese Fragen mögen die Studenten in öffentlichen Diskussionen untereinander klären. Die Sozialistische Studentenschaft wird in Berlin niemals ihre Hand dazu bieten, daß die staatlich anerkannte Selbstverwaltung dazu benutzt wird, wie in Bayern und Thüringen Resolutionen gegen den Young-Plan zu fassen, die Beteiligung an Verfassungsfeiern abzulehnen und Herrn Frick als Hüter deutscher Kultur zu preisen. Wenn die Nationalsozialisten das tun, so ist es ihre Privatsache; solche Resolutionen mit Hilfe einer anerkannten Studentenvertretung als die Meinung aller Studenten auszugeben, muß in Berlin verhindert werden. An der Errichtung einer vernünftigen Selbstverwaltung, die sich mit studentischen Problemen, wie z. B. Hochschulreform, Leibesübungen, Wirtschaftsarbeit usw. beschäftigt, mitzuarbeiten, ist die Sozialistische Studentenschaft seit Jahren bereit. Voraussetzung ist jedoch, daß die Studentenschaft sich vorbehaltlos auf den Boden des heutigen Staates stellt.

Der Versuch der rechtsradikalen Mehrheit der Berliner Studenten, die Agitation der sozialistischen und republikanischen Studenten durch Terrorisierung zu vereiteln, ist gescheitert. Die Sozialistische Studentenschaft wird auch in Zukunft unbeirrt durch radikale Schreier ihre sachliche und zielbewußte Agitation an den Hochschulen treiben. Die Ruhe an den Hochschulen ist von unserer Seite nie gestört worden und wird auch in Zukunft nie gestört werden. Wenn aber bei kommenden nationalsozialistischen Provokationen die akademischen Behörden nicht in der Lage sind, von sich aus für Ruhe zu sorgen, so wird auch ein studentischer Ordnungsdienst in der Form, wie er diesmal geplant war, keinen Zweck haben. Die Universitätsbehörden wissen selbst, daß die Polizei bei Krawallen ohne weiteres die Universität betreten darf. Will man dies letzte Mittel vermeiden, so suche man durch energisches Einsetzen der akademischen Mittel zu wirken. In diesem Zusammenhang darf einmal die Frage aufgeworfen werden, welche disziplinarischen Maßnahmen die Universität gegen die von der Polizei festgestellten Studenten zu ergreifen gedenkt.

Martin Böttcher,
Mitglied des Hauptausschusses der Sozialistischen Studentenschaft.

Wie Kinder die Arbeit ihrer Eltern sehen

Mitgeteilt von Karl Dantz

III. Auch die Mutter arbeitet

Von der Erwerbsarbeit für die Familie ist natürlich auch die Mutter nicht ausgeschlossen. Nicht genug, daß in der schweren Zeit die Sorgen für Haushalt und Kinder, für Nahrung und Kleidung auf ihr ruhen, der karge Lohn der Kurzarbeit oder die knappen Unterstützungsgelder sind schuld, daß auch sie ihre Arbeitskraft zu Markte tragen muß. Wie viele Mütter stehen in der Fabrik, gehen zum Kontorreinigen, tragen Zeitungen aus! Und was tun die Kinder in der Zeit, wie helfen sie sich, wer sorgt dafür, daß sie ihr Recht bekommen? Nur andeutungsweise beantworten sie selbst diese Fragen.

„Schon seit Monaten geht meine Mutter jetzt wieder zum Reinemachen. Sie geht die ganze Woche weg, nur Sonnabends nicht. Jeden Morgen steht sie schon um 6 Uhr auf, kocht Kaffee und macht die Butterbrote zurecht. Oefter kocht sie morgens schon das Essen und stellt es warm. Gegen 8 Uhr geht sie weg, und erst um 7 oder 8 Uhr abends ist sie wieder da. Manchmal kommt sie auch mittags nach Hause.

Die leichten Speisen, die ich kochen kann, bereite ich selber, schäle auch zuweilen am Abend vorher die Kartoffeln. Wenn ich aus der Schule komme, mache ich die Küche sauber und wische alles durch. Nach dem Mittagessen wasche ich auf. Ich gehe auch nach dem Krämer und hole ein. Dann erst mache ich meine Schularbeiten. Wenn ich dann noch Zeit habe, gehe ich ein bißchen vor die Tür.

Wenn meine Mutter abends müde nach Haus kommt, muß sie noch zerrissenes Zeug für meinen Vater und für meine Geschwister flicken. Ich helfe mit." (14jähriges Mädchen.)

„Wenn meine Mutter uns zur Schule geschickt hat, macht sie das Haus sauber; danach muß sie meinem Vater helfen. Sie macht Wickel und mein Vater Zigarren. Das Wickelmachen geht so vor sich: Meine Mutter nimmt ein Stück Umblatt, legt darauf ein Stück Aufleger und tut die Einlage hinein. Dann dreht sie das Umblatt und den Aufleger um die Einlage herum, so daß diese eingeschlossen wird.

Die Wickel müssen ungefähr gleich dick und schwer sein. Zuerst war das gleichmäßige Arbeiten für meine Mutter eine Plage. Jetzt hat sie es richtig im Gefühl. Sie muß auch immer eine bestimmte Zahl Wickel machen, und das dauert immer bis 11 oder 12 Uhr, manchmal auch bis 1 Uhr nachts.

Meine Mutter flickt auch unser Zeug und stopft Strümpfe, wenn die Sachen kaputt sind. Manchen Sonntag hat sie für Flicken und Nähen hergegeben. Wenn sie ihre Arbeit getan hat, ist sie ganz kaputt. Würde unsere Mutter nicht mitarbeiten, so würde unsere sechsköpfige Familie gar nicht leben können. Wir verdienen gerade so viel, daß wir eben damit auskommen können." (13jähriger Junge.)

„In der Zeltefabrik haben sie große elektrische Maschinen; da arbeitet meine Mutter. Wenn sie nicht aufpaßt, kann sie sich leicht durch den Finger nähen. Einmal ist der Hebel runtergefallen, da hat sie den Finger drunter gehabt." (H. H., 9 Jahre.)

„In der Tabakfabrik muß meine Mutter den ganzen Tag abwiegen. Einmal hat an der ersten Maschine jemand gefehlt und sie mußte dafür hingehen. Aber die Maschine ist gefährlich, da muß man tüchtig aufpassen. Manche haben sich schon geklemmt und mußten zur Sanitäterin gehen und sich verbinden lassen." (R. L., 10 Jahre.)

„Meine Mutter ist Witwe und hat viel zu tun. Sie muß waschen, nähen, kochen, sauber machen. Auch geht sie zu ihren Herrschaften, um Geld zu verdienen. Wenn sie einmal zu Hause ist, geht sie nach ihrem Lande und pflanzt Kartoffeln, Erbsen, Bohnen, Wurzeln und große Bohnen. Das macht viel Arbeit." (L. K., 10 Jahre.)

„Fiebernd und ungeduldig liegt die Mutter danieder. Der Arzt kommt jeden Tag und verschreibt Arzneien. Alles verhält sich ruhig, geht auf Zehen und hält das Haus in bester Ordnung. Morgens, wenn ich zur Schule gehe, bleibt meine Schwester im Hause, um der kranken Mutter zu helfen. Komme ich mittags zurück, helfe ich ihr, das Essen zu kochen, die Küche sauber zu machen und was sonst zu tun ist. Eines Tages ist dann die Mutter wieder gesund, und wir freuen uns, daß sie nach langer Krankheit wieder auf ist. Alles geht nun wieder besser." (Kl., 10 Jahre.)

„Als wir allein im Haus waren, sagte meine kleine Schwester: Ich hab so'n Hunger, ich hol mir gleich die Kartoffeln da unten weg. Da hab ich sie genommen und gebraten. Geschält waren sie schon. Sind sie denn noch nicht fertig? So kam sie immer bei mir an. Als sie fertig waren, hat sie einen Teller genommen und sich die meisten rausgenommen. Mutter war auf der Arbeit. Wir dürfen es ruhig." (R. L., 8 Jahre.)

„Ich mag so gern Brotsuppe. Da hab ich mir Rinden genommen und hab sie in einen Topf voll Wasser getan. Und hab sie auf den Herd gestellt und Zucker dazu getan und gekocht. Und wie sie fertig waren, hab ich sie gegessen." (A. M., 8 Jahre.)

„Während alle Männer im Kriege waren, mußten die Frauen die Arbeit tun, die die Männer getan haben. Viele Frauen waren bei der Straßenbahn; meine Mutter war bei der Eisenbahn.

Einst fuhr sie nach Hamburg. Es war Nacht. In Hamburg bekamen sie noch Wagen zu. Meine Mutter mußte die Wagen ankoppeln. Als sie es fertig hatte, kamen noch mehr Wagen zu; aber sie hatte das Zeichen nicht gehört. Sie wollte zwischen den Wagen rauslaufen, da ging ihre Lampe aus. Sie konnte nichts sehen. Sie wollte sich festhalten; dabei ist sie mit dem rechten Arm zwischen die Puffer gekommen und wurde gequetscht. Sie hat um Hilfe gerufen. Der Lokomotivführer hat gehalten. Dann ist ein Krankenwagen gekommen, und meine Mutter kam nach dem Krankenhaus. Der Arm wurde abgeschnitten." (Hermann B., 11 Jahre.)

Berufsschule und Fachschule

Aus den Kreisen der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer erhalten wir zu der Betrachtung H. Radants: „25 Jahre Berliner Berufsschule" („Abend" vom 28. Oktober) folgende Zuschrift:

Schon bei der Gründung der Pflichtfortbildungsschule — der jetzigen Berufsschule — im Jahre 1905 wurden die Schüler nach Berufsgruppen den entsprechenden Klassen zugeteilt. In Berlin ging die Berufsgliederung viel weiter ins einzelne als in irgendeinem anderen Ort. Im Jahre 1910 waren beispielsweise in der gewerblichen Jünglingsschule bereits 40 verschiedene Arten von Berufsklassen mit verschiedenen Lehrplänen vorhanden. Von Anfang an stand der Beruf im Mittelpunkt des Unterrichts. Die Aufgabe der Schule war die Ergänzung der Meisterlehre.

Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Lehrerschaft waren und sind sich einig, daß die Berufsschule niemals die Lehre ersetzen soll. Für Berufe, für die dieser Ersatz sich als notwendig erweist, sind in der Nachkriegszeit Fachschulen gegründet worden: die Handels-, höheren Handels-, Haushaltungs- und Kinderpflegerinnenschulen sowie die Berufskurse für Damenschneiderei. Die Berufsschule soll aber auch nicht die Aufgaben der anderen Fachschulen übernehmen, die nach Beendigung der Lehre die fachliche Weiterbildung betreiben, wie die Tischler-, Baugewerk-, Maschinenbauschule usw. Sie hat neben der grundlegenden beruflichen Schulung die allgemeine wirtschaftliche und staatsbürgerliche Ausbildung als Ziel. R. möchte offenbar aus den Berufsschulen Fachschulen machen. Damit ist aber niemandem gedient.

Was den Werkstattunterricht anlangt, so handelt es sich um ein schwieriges und umstrittenes Problem. Die Verhältnisse liegen hinsichtlich der Notwendigkeit und Dringlichkeit bei einzelnen Berufen recht verschieden. Ohne eine Erhöhung der Wochenstundenzahl ist jedenfalls die Durchführung nicht möglich. Beachtliche Ansätze sind bei verschiedenen Berufen vorhanden; sie zu schaffen wurde ermöglicht durch Einrichtung des freiwilligen Zusatzunterrichts. Die Lösung der Werkstättenfrage hängt außerdem davon ab, ob die geplanten Neubauten wirklich entstehen. Die Schulverwaltung hat einen großzügigen Neubauplan aufgestellt; es ist nicht ihre Schuld, daß vorläufig nur ein einziges Projekt ausgeführt worden ist. Bei dieser Metallarbeiterschule im Bezirk Berlin-Lichtenberg wird der Werkstättenbetrieb eine erhebliche Rolle spielen.

Alle interessierten Kreise müssen freilich verlangen, daß die unhaltbaren Unterbringungsverhältnisse vieler Berufsschulen gründlich gebessert werden.

Nicht scharf genug können die Ausführungen R.s über die Lehrer- und Schulleitungsfrage zurückgewiesen werden. Bei der Gründung der Schule fehlte es an geeigneten Gewerbelehrern, da der Staat nicht für deren Ausbildung gesorgt hatte. Man stellte daher Volksschullehrer, Zeichenlehrer und Praktiker ein. Es entspann sich bald ein harter Kampf: hie Pädagoge, hie Fachmann. Das Kampfbeil ist längst begraben; man erkannte, daß die jetzt wieder von R. hervorgesuchte Fragestellung „Pädagoge oder Praktiker" ganz falsch war. Bei der Gewerbelehrerausbildung schulte man den Praktiker nach der pädagogischen und den Pädagogen nach der Fachseite. Erneut einen Trennungsstrich durch die jetzige Lehrerschaft zu ziehen, wie es R. tut, bedeutet, eine alte Wunde wieder aufreißen — zum Schaden der Schule; es ist auch nicht mehr möglich, da diese Unterscheidung bei der jüngeren Lehrergeneration sachlich bedeutungslos ist. Daß die kürzlich vom Handelsministerium getroffene Regelung der Gewerbelehrerausbildung noch nicht dem Ideal der beteiligten Kreise entspricht, ist bekannt. Die R.schen Darlegungen aber führen uns nicht weiter.

Die Verwendung der Diplomhandelslehrer in der Arbeiterschule beschränkt sich im wesentlichen auf die Klassen der Hilfsarbeiter in Handels- und Verkehrsbetrieben. Hier sind sie durchaus am Platze.

In die Kitzbühler Alpen

Rüstet für den Wintersport

In der Zeit vom 21. Dezember bis 3. Januar veranstaltet der Touristenverein „Die Naturfreunde" eine Skifahrt nach Kitzbühel, dem Skiparadies Tirols. Geübte und Anfänger sind auf dieser Fahrt herzlich willkommen.

Winterabend über Berlin! Aus dichtverhangenen Wolkenbänken rieselt unaufhörlich feiner kalter Regen. Als wir, das heißt Freund Erich und ich, mit den langen Skiern und dem schwerbepackten Rucksack dem Anhalter Bahnhof zustrebten, mußten wir so manchen Witz über uns ergehen lassen. Doch wir kehrten uns wenig daran, wir gedachten für diesmal den Schnee nicht in den Müggelbergen zu suchen, uns stand der Sinn weiter, über die Grenzen Deutschlands hinaus nach unserem Bruderland Oesterreich, dessen Skieldorado wir aufsuchen wollten: Kitzbühel in Tirol.

Wir wagen schon nicht mehr zum Fenster hinauszusehen. Bleiern hängt es im dämmernden Morgen über uns, grau in grau. Trostlos die Landschaft, die sich nach wenigen hundert Metern in der grauen Dämmerung verliert. Donauwörth liegt hinter uns, schon sind wir knapp vor München und noch haben wir kein Stäubchen Schnee gesichtet. Erst vor Rosenheim, wo die Berge schon dicht an uns herantreten, können wir erleichtert aufatmen, und als der Zug in Kufstein einfährt, sind wir schon aller Sorgen frei. Den Inn aufwärts gehts bis Wörgl, dort steigen wir zum letztenmal um und stolz gehts hinauf in die winterliche Bergwelt, bis der Zug in Kitzbühel einläuft.

Lebhaftes Treiben herrscht am Bahnhof. Ein kleines St. Moritz: Träger, Hoteldiener, Schlitten, Omnibusse und Wintergäste, die die blassen Neuankömmlinge neugierig mustern.

Unser Blick ist gefangen von der großartigen Pracht der winterlichen Bergwelt. Wuchtig thront das Kitzbühler Horn über dem Tal, nach Süden zu erstrecken sich die herrlichen Skiberge der Ostalpen, Tristkogel, Gamshag, Schusterkogel und der herrliche Kuhkaser, rechts die Steilhänge des Hahnenkamm, auf den eine Seilbahn hinauffährt, und wenden wir unseren Blick rückwärts, schließt den Talkessel die imposante Felsmauer des Wilden Kaiser, dessen wild zerrissene Grate und Zacken in der Mittagssonne herüberleuchten. Und als wir den Ehrenbachgraben hinter uns hatten und vor unserer Hütte standen, die von der rührigen Ortsgruppe Kitzbühel des Touristenvereins „Die Naturfreunde" bewirtschaftet wird, da war unsagbares Glück in uns.

In der Hütte gings lebhaft zu. Arbeitertouristen aus dem roten Wien, aus Linz an der Donau und aus München saßen um den wärmenden Ofen, boten uns ein herzliches Willkommen und nach einer Stunde war uns so, als säßen wir im Kreis langjähriger Freunde. Im kleinen offenbarte sich uns hier die völkerverbindende Idee des Sozialismus.

Auf den ersten Tag folgten vierzehn weitere höchsten Glückes, restloser Wunscherfüllung. Wir haben sie nicht vergessen, wir zählten seit Monaten schon die Tage, die uns von dem Wiedersehen in Kitzbühel trennen.

Besonders der Norddeutsche, der mit den Tücken der hochalpinen Welt nicht so vertraut ist, wird doppelt gern die sanfte Gebirgswelt der Kitzbühler Alpen aufsuchen, denn sie sind ein unerschöpflicher Born der Freude, der tiefstes Erleben spendet. Und ist man gar mit einer Kamera bewehrt, dann bietet sich dem Lichtbildner eine kaum faßbare Auswahl der herrlichsten Motive, deren Anblick das Erinnern nie erlöschen läßt. Leo Tomschik.

das vielbesuchte Heim der Naturfreunde. In der Rhön ist Hauptstützpunkt Gersfeld: neben anderen Orten kommen auch Unterkunftshäuser wie auf der Wasserkuppe (950 Meter), auf dem Kreuzberg (900 Meter), auf dem Mammersfelde (930 Meter) u. a. in Betracht.

Altes Skigelände ist der **Schwarzwald.** Im Süden lockt der Feldberg, dessen 1495 Meter Fernsicht auf die Bayerischen und Schweizer Alpen gewähren. Hier ist der Winter auch kein launischer Geselle und die Schneeverhältnisse bleiben noch günstig, wenn anderswo Tauwetter herrscht. Triberg und Freudenstadt sind ebenso wie das Badnerhöhen-Gebiet mit Hornisgrinde und Kniebis wohl bekannte Sportplätze.

Die größte Ausdehnung des wetterbeständigen Wintersports hat **Bayern:** führt doch die neue Ausgabe des bekannten Verkehrsbuches „Winter in Deutschland" nicht weniger als acht Sportgebiete auf: Berchtesgadener Land, Chiemgau, Innthal, Schliersee und Tegernseer Gebiet, Isar- und Loisachtal, Kochel- und Walchenseegebiet, Werdenfelser Land und Allgäu. Von den großen Plätzen von Weltruf wie Berchtesgaden (540 bis 700 Meter) und Reichenhall (470 Meter) mit Predigtstuhlbahn, sind alpine Gelände in 1800 Meter Höhe erreichbar. Andere durch Lage und Einrichtungen ausgezeichnete Orte sind Traunstein (600 Meter), Brannenburg (475 Meter), Ausgangspunkt der Wendelsteinbahn (1840 Meter), Tegernsee (732 Meter), Kochel (610 Meter), Garmisch-Partenkirchen (700 bis 800 Meter) mit mehreren Bergbahnen, Mittenwald (920 Meter), Oberstdorf (843 Meter) mit Nebelhorn (1225 Meter) -Bahn. Anschließend sei das württembergische Allgäu genannt mit Isny (720 Meter) am Fuß des Schwarzen Grats. Die **Schwäbische Alp,** der Odenwald, der Taunus, das Hessische Bergland, das Sauerland, das Zittauer Gebirge, der Frankenwald, der **Bayerische Wald** und der Steinwald, südöstlich des Fichtelgebirges, seien der Vollständigkeit halber erwähnt.

Der wirtschaftliche Wert der für den Wintersport hergestellten Anlagen ist nicht gering zu veranschlagen: man denke nur an die ausgebauten 2 bis 6 Kilometer langen Rodelbahnen, die sich vielfach vorfinden, an die Herstellung der großen Sprungschanzen, Errichtung von Skihütten, Bereitstellung künstlicher Eisbahnen, und wird begreifen, daß ein zu milder, regnerischer Winter viele Hoffnungen in jenen Gebieten zu Schanden macht. Die jetzige schadenreiche Vorwinterregenperiode darf aber hoffentlich nicht als bestimmend für den Charakter des eigentlichen Winters angesehen werden.

Deutsche Wintersportgebiete

Wohin in den Winterferien?

Immer mehr haben sich die Winterferien eingebürgert, die es erlauben, ungestört in der reinen Winterluft der Berge den Urlaub zuzubringen und je nach Maßgabe der Kräfte dem Wintersport zu huldigen. In vielen Betrieben wird dem Winterurlauber wohl noch gar ein Plus von einigen Tagen gewährt als Belohnung für die Rücksichtnahme auf den durch Ferien der Kinder auf den Sommer angewiesenen Kollegen.

Berlin am nächsten sind die schlesischen Berge, die Sächsische Schweiz und der Harz. Im **Riesengebirge** dominieren die hochgelegenen Orte Schreiberhau (700 bis 800 Meter) und Krummhübel-Brückenberg (600 bis 700 Meter). Schmiedeberg (442 Meter) zieht sich in 7½ Kilometer Ausdehnung bis zum Paß hin, der auch durch die Eisenbahn erreicht werden kann. Im **Isergebirge** ist Bad Flinsberg (550 bis 970 Meter) Hauptausgangspunkt für den Kamm. Anschließend an diese Grenzgebirge ist das **Glatzer Gebirge,** über 1400 Meter hoch. Ferner finden wir das **Waldenburger Gebirge** (900 Meter) und das prächtige **Eulengebirge** (über 1000 Meter) mit breiten Bergmassiven und freien Hängen. All die genannten Gebirge bieten auf 200 Kilometer Länge in Höhen von 900 bis 1600 Meter ein ideales, meist noch im Vorfrühling zu benutzendes Sportterrain. Der **Harz** hat als größte Erhebung den **Brocken mit 1142 Meter.** Die Mehrzahl der Zentren des Harzer Wintersports, Braunlage, Elend, Schierke, Clausthal-Zellerfeld, Hahnenklee, St. Andreasberg, liegen in 600 bis 700 Meter Höhe. Angenehm ist die bequeme Verbindung des Sportgebietes mit den zahlreichen altberühmten Städten des Flachlandes.

An das sächsische Gebirge schließt sich die Gruppe der mitteldeutschen Gebirge an. Zunächst Erzgebirge, dann Fichtelgebirge, Thüringer Wald und Rhön. Im **Erzgebirge** spielt sich das Sportleben sowohl auf dem sächsischen Hang als auch an dem kilometerlange Abfahrten bietenden böhmischen Hang ab. Johanngeorgenstadt (670 bis 850 Meter) ist Hauptwintersportplatz; dort befindet sich die modernste Sprungschanze Deutschlands (Sprünge über 60 Meter). Auch Oberwiesenthal (944 Meter) hat eine Rekordschanze, seine besondere Merkwürdigkeit ist aber die Seilschwebebahn (1250 Meter lang mit 300 Meter Steigung) zum Fichtelberge. Schwarzenberg (420 bis 650 Meter) und die alte Bergstadt Annaberg (650 Meter) sind weitere Sportmittelpunkte. Im **Ost-Erzgebirge** bieten die Bergstädte Altenberg (800 bis 900 Meter) und Geising (600 bis 800 Meter) gutes Skigelände, in der Nähe Zinnwald. Das **Fichtelgebirge** hat an markanten Höhen den Schneeberg (1052 Meter), den Ochsenkopf (1024 Meter) und Kösseine (940 Meter). Als Ausgangspunkte kommen namentlich Wunsiedel und Bischofsgrün in Betracht. **Thüringen** hat in Oberhof (825 Meter) einen Hauptanziehungspunkt und im Rennsteig (168 Kilometer lang) eine interessante Wanderstraße. Unterhalb seiner Senke zwischen Neuhaus und Igelshieb liegt Ernstthal (830 bis 850 Meter), wo der Skilauf als Volkssport zu Hause ist. Masserberg (830 Meter), Lauscha (550 bis 750 Meter), Sonnenberg (405 Meter) kommen für diese Gegend Thüringens besonders in Betracht. Auf die Tatsache, daß wohl alle höhergelegenen Luftkurorte ebenfalls Wintersport bieten, sei hingewiesen. In Friedrichroda liegt am Auslauf der Rodelbahn

Die bürgerlichen Sportverbände

Ein Reservoir des Faschismus

„Schaffung einer jungen, national gesinnten, wehrfähigen Generation" — das ist das durchaus nicht verheimlichte Ziel der bürgerlichen Sportführer. „Ersatz für die verloren gegangene Wehrpflicht" heißt seit 1918 die Parole der Drahtzieher des bürgerlichen Sports. Eine Parole freilich, für deren Verkündung die Massen ihrer Anhänger „noch nicht reif" sind, die dafür aber schriftlich dem — Reichswehrministerium überreicht ist.

Zwölf Jahre Sport in der Nachkriegszeit sind auch geschichtlich eine genügend große Zeitspanne, um ein Urteil über die bürgerliche Sportpolitik zu gewinnen: Seit 12 Jahren wird das Hauptinteresse von mehr als fünf Millionen junger Menschen auf Dinge abgelenkt, die erst in letzter Linie lebenswichtig sind. Das Mittel zur Erreichung dieser Neutralisierung von allem Lebenswichtigen (Kultur, Bildung, Politik, Körperkultur) ist der Rekordwahnsinn. In diesen Jahren ist durch diese Methoden ein Millionenheer junger Menschen herangewachsen, das unfähig ist, politisch zu denken, ökonomische Zusammenhänge zu erkennen unfähig ist, Bildung und Kultur zu erwerben. Ein Tiefstand deutscher Ungeistigkeit ist verschuldet, dessen Ausdruck das Wahlergebnis vom 14. September ist.

Die von der Masse (nicht von den Führern!) der bürgerlichen Sportbewegung stets vertretene und auch durchgeführte Einstellung: „Politische Neutralität" hat sich naturgemäß nicht auf den Sportbetrieb beschränkt. Im Gegenteil. Das Interesse am Sportbetrieb hat so sehr jedes andere Interesse getötet, daß die politische und sonstige Bildung der bürgerlichen Sportjünger von erschreckendster Oberflächlichkeit ist. Diese bewußt anerzogene Oberflächlichkeit hat nicht zuletzt die Jungwähler bei der Reichstagswahl den Nationalsozialisten in die Arme getrieben. Bürgerlicher Sport und hakenkreuzlerische Politik ergänzen sich vortrefflich. So wenig das eine wahrer Sport ist, so wenig ist das andere wahre Politik.

Aber es ist ja nicht nur diese geistig verheerende Oberflächlichkeit, die Berührungspunkte zwischen Rekordsport und Faschismus schafft. Andere, reale Motive treiben die beiden ebenfalls zueinander: Die Sucht nach der Höchstleistung ist eng verknüpft mit der überheblichen Lobpreisung des Rekordmannes. Der „Beste" wird verhimmelt, heroisiert. Er ist der Meister, der Führer, das Vorbild, dem — selbstverständlich gedankenlos — nachgelaufen werden muß. Genau das gleiche Prinzip ist das also, wie es der Faschismus mit seiner „Führerauslese", mit seinem Duce, seinem Hitler auch hat. Nicht minder eng verbindet beide die mehr praktische Frage der Wehrhaftigkeit. Auch hier verfolgen beide die gleichen Ziele. Das von den Hakenkreuzlern geforderte „Arbeitsdienst-Pflichtjahr" unterscheidet sich von dem „Sport-Dienst-Jahr" der bürgerlichen Sportführer kaum um Nuancen.

Es hätte der nach außen mehr in die Erscheinung tretenden Zwischenfälle im bürgerlichen Sport, wie die Hakenkreuz-Sympathieerklärungen der Herren Geisow usw. kaum bedurft, um die innere Entwicklung drastisch zu kennzeichnen.

Kleiner Sport

von überall

Amateurphotographen! Der bekannte Photograph Sasha Stone spricht über das Thema „Neues Sehen" (mit Lichtbildern) Freitag, 28. November, 20 Uhr, im Friedrich-Ebert-Saal des Jugendheims Frankfurter Allee 307. Der Eintritt zu der Veranstaltung, die der Arbeiter-Lichtbild-Bund, Ortsausschuß Berlin, veranlaßt hat, ist kostenlos.

Die ersten Ski-Trockenkurse des Jugendamts Charlottenburg beginnen Freitag, 28. d. M., 17½ Uhr in der Volksschule, Goethestraße 22. Teilnehmergebühren sehr niedrig, Uebungsgerät wird kostenlos überlassen. Weitere Auskunft erteilt das Jugendamt, Charlottenburg, Amt Wilhelm, Bezirksamt Charlottenburg, Hausanschluß 263.

Schweizer Arbeiterturner in Deutschland. Die Geräteturnermannschaft von Zürich-Außersihl hat alle Wettkämpfe in Deutschland siegreich beendet. Sie zeigte sich an den Geräten (Reck, Barren, Pferd) in großer Form. Dadurch, daß auch die gastgebenden württembergischen Vereine erstklassige Mannschaften stellten, wurde Geräteturnen in kunstvollendetster Form geboten. Die gesamten Ergebnisse sind: Zürich-Feuerbach 638 : 611 Punkte, Zürich-Kornwestheim 211 : 191 und Zürich-Steinheim 210 : 201.

Die Z.-K. führt Lehrgänge durch. Der Technische Ausschuß der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (Sitz Berlin) hat für 1931 folgende Lehrgänge an der Arbeiter-Turn- und Sportschule zu Leipzig festgelegt: Rettungsschwimmen und Wiederbelebungslehre vom 23.—28. Februar. Teilnahmeberechtigt sind geeignete Mitglieder der Z.-K.-Verbände; Gymnastik und technische Verbandsfacharbeit vom 13.—18. April, ebenfalls für geeignete Mitglieder der Z.-K.-Verbände.

Kommunisten klauen Klaviere. Dem Freien Turn- und Spielverein Hagen i. Westf., Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, ist aus der städtischen Turnhalle das Vereinsklavier gestohlen worden. Um die Zeit der Tat benutzten Hagener Mitglieder des KPD.-Sportverbandes die Halle. Mit höhnischen Gesichtern sahen sie den Wiedererlangungsversuchen der bundestreuen Sportler zu. Die Schadenfreude dauerte nicht lange, denn bald wurde festgestellt, daß das gestohlene Klavier und ein entwendeter Kartothekschrank nach Solingen verschleppt waren. Dort ist das Diebesgut sichergestellt und der Rädelsführer der Einheitsdiebesbande verhaftet worden.

Arbeiterschwimmer fahren nach Wien

Am Freitag fahren die Berliner Arbeiterschwimmer nach Wien und tragen dort gegen die Wiener Schwimmer den Rückkampf im Schwimmen, Springen und Wasserballspiel aus. Ein überlegener Sieg war es nicht, den die Berliner Schwimmer im Frühjahr im Wellenbad Halensee errangen. Ganz knappe Siege und Niederlagen in allen zum Städtekampf gehörenden Wettkämpfen gab es damals, so ist auch diesmal mit scharfen Kämpfen zu rechnen. Die Berliner Mannschaft setzt sich aus Vertretern der Vereine Hellas, Freie Schwimmer Groß-Berlin, Charlottenburg, Berlin XII., Union, Freiheit, Weißensee und Spandau zusammen. Der große Sender Wien sendet am Sonntag von 20 bis 20 Uhr 25.

Tagung der Verkehrswacht

In der letzten Sitzung der Verkehrswacht, Berlin-Brandenburg, wurde die Frage der verschiedenartigen Führerscheine für Automobilisten erörtert. Entschieden wurde gefordert, daß die Führerscheine 3a und 3b fortfallen sollen; ein Schein für Personenkraftwagen genüge vollauf. Zu der geplanten Einführung des Führerscheins für steuerfreie Leichtmotorräder enthielt man sich zunächst noch der Stellungnahme, da erst noch weitere Erhebungen angestellt werden sollen. Dazu gehört auch, daß der Polizeipräsident auf eine Eingabe der Verkehrswacht hin angeordnet hat, daß zukünftig Motorradunfälle, gesondert nach solchen, die mit führerscheinfreien und scheinpflichtigen Rädern angerichtet wurden, registriert werden. Einig war man sich in dem Verlangen, daß Gesundheitsatteste von jedem Arzt, nicht nur vom Kreisarzt ausgestellt werden dürfen und daß neue Straßen in Berlin mit gleitsicherem Belag versehen werden.

Am Beginn der Versammlung hatte der Geschäftsführer der Verkehrswacht, Lombardino, einen instruktiven Vortrag über neuzeitliche Unfallstatistik gehalten.

Bundestreue Vereine teilen mit:

Freie Sportvereinigung Tegel 1899, e. V. Freitag, 28. November, 21 Uhr, Versammlung bei Tornow, Schlieperstr. 64.

Arbeiter-Sportkartell Tempelhof. Freitag, 28. November, 20 Uhr, „Zur Linde", Werderstr. 12, Kartellsitzung.

RV. „Vorwärts". Sonntag, 30. November, 14 Uhr, Filmveranstaltung im Bootshaus. Mittwoch, 3. Dezember, Waldlauf. Treffpunkt 19 Uhr im Bootshaus.

Arbeiter-Sportkartell Treptow. 1. Dezember bei Tamp, Niederschöneweide, Hasselwerderstr. 12, Kartellsitzung.

Sportkegelklub „Vorwärts". Jeden Freitag, 20 Uhr, Uebungsabend, Sportkegelhalle Gartenstr. 44. Gäste willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Bildungsausschuß: Sitzung Freitag, 28. November, fällt aus.

Bezirkskartell Friedrichshain. Montag, 1. Dezember, 19½ Uhr, Kartellsitzung bei Gaul, Boxhagener Str. 114.

Donnerstag, 27. November.

Berlin.

16.05 Programm der Aktuellen Abteilung.
16.30 Prisca-Quartett. 1. Mozart: Streichquartett D-Dur (K.-V. 575). — 2. Brahms: Streichquartett B-Dur, op. 67.
17.30 Großtierfang. (Josef Delmont.)
17.50 Rechtsanwalt Dr. Fuchs: Außenseiter der Gesellschaft.
18.10 Otto Schweitzer und Dr. Helmut Poensgen: Arbeitslohn, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.
18.40 Peter Scheer erzählt Anekdoten.
19.00 Aus der Aula der Augusta-Schule in Brandenburg a. d. Havel: Chorgesänge.
19.20 Arbeitsmarkt.
19.25 Erich Kästner mit Musik. (Sprecher: Stella Bernhard.)
20.00 Unterhaltungsmusik.
21.00 Tages- und Sportnachrichten.
21.10 Orchesterkonzert. Dir. Bruno Seidler-Winkler.
22.30: Wetter-, Tages-, Sportnachrichten.
Anschließend bis 0.30: Tanzmusik. (Kapelle Mitja Nikisch.)

Königswusterhausen.

16.00 Rektor Guendel: Schule und Laienspiel.
17.30 Georg Hausdorf: Farbe und Pinsel im Gebrauch des Kaufmanns.
18.00 Bücherstunde.
18.25 Saltschick: Goethes Faust.
19.00 Min.-Rat Joachim: Aus der Praxis des Arbeitsrechts.
19.30 Landwirtschaftsrat Stakemann: Edelpelztierzucht.
19.50 Dr. Würzburger: Vorschau auf das Dezemberprogramm der Deutschen Welle.
Anschließend: Wetter für die Landwirtschaft.
20.30 Danzig: Ein Abend in einer alten Stadt.
22.00 Wetter-, Tages-, Sportnachrichten.

Rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unfein. Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneeig-weiße **Creme Leodor,** auch als herrlich duftende Puderunterlage vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg. Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.